SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Jelzin und die 'Oligarchen': über die Rolle von Kapitalgruppen in der russischen Politik (1993 - Juli 1998)

Schröder, Hans-Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schröder, H.-H. (1998). *Jelzin und die 'Oligarchen': über die Rolle von Kapitalgruppen in der russischen Politik (1993 - Juli 1998).* (Berichte / BIOst, 40-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43700

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.rrz.uni-koeln.de/extern/biost,
e-mail: biost.koeln@mail.rrz.uni-koeln.de
ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung	3
"Oligarchen" als Gestalter russischer Politik?	5
Resultate der Transformation in Rußland: Auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsmodell?	6
Die innerrussische Perzeption politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse 1993-1998	8
Die Entwicklung von Unternehmens- und Finanzkonglomeraten in Rußland	12
Finanz-Industrie-Gruppen	13
Bankensektor	17
Kapitalgruppen im politischen Kräftefeld 1996-1998	20
Politische Einwirkungsmöglichkeiten der Kapitalgruppen	25
Unterschiedliche Strukturen, divergierende Interessen	25
Zum Selbstverständnis der russischen 'Tycoons': Unternehmer als Politiker?	27
Kapitalgruppen als Gestalter von Politik?	30
Privatisierung des Staates? – Zur Bedeutung der Kapitalgruppen für die Entwicklung des politischen Systems in Rußland	36
Summary	39

28. August 1998

Der vorliegende Bericht ist Teil einer Studie über Wirtschaftseliten und Machtverhältnisse in Rußland, die im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Arbeitsvorhabens "Wirtschaftseliten in Rußland" (WER) erstellt wird und sich auf eine Literaturdatenbank stützt, die im Kontext des Projekts von S. Harter, J. Grävingholt, H. Pleines und dem Verfasser erstellt wird.

Hans-Henning Schröder

Jelzin und die "Oligarchen"

Über die Rolle von Kapitalgruppen in der russischen Politik (1993-Juli 1998)

Bericht des BIOst Nr. 40/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der Sturz der Regierung Kirienko hat den Gerüchten Nahrung gegeben, die russische Politik werde von einigen Finanzmagnaten – von den "Oligarchen" – dominiert. Tatsächlich hat die Transformation des politischen und des Wirtschaftssystems zu einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel geführt, in dessen Verlauf eine neue wirtschaftliche Führungsschicht entstand, die aktiv in die Umgestaltung des politischen Systems und die Gestaltung der Marktbedingungen eingriff. Der vorliegende Bericht, der durch einen Materialienband (= Sonderveröffentlichung des BIOst 1998) ergänzt wird, untersucht die Rolle der russischen Finanzmagnaten und ihren Einfluß auf die Gestaltung des politischen Systems.

Ergebnisse

1. Die politische Ordnung Rußlands befindet sich noch im Fluß. Die Verschiebungen zwischen den gesellschaftlichen Kräftegruppen geben dem System von 1993, für das durch die Verfassung nur ein Rahmen gesetzt wurde, erst sein eigentliches Profil. Die Entfaltung marktwirtschaftlicher Strukturen schafft die Gesellschaft neu und formt das Fundament eines politischen Systems. Dessen Konsolidierung ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Im politischen Prozeß hat die Exekutive – Regierung und Präsidialapparat – nach wie vor eine beherrschende Stellung. Parlament und Parteien spielen eine untergeordnete Rolle. Die Regionen und ihre politischen Repräsentanten bilden einen Faktor von wachsendem Gewicht. Seit 1996 ist ein rascher Gewichtszuwachs von Wirtschaftsvertretern zu verzeichnen.
2. Die Herausbildung großer Unternehmenskonglomerate ist ein typischer Zug der gegenwärtigen Phase der Marktentwicklung in Rußland. Das Erstarken von Finanz-Industrie-Gruppen ist aber undenkbar ohne die rasche Entwicklung des russischen Bankensektors. Hier haben sich vor allem jene Kreditinstitute durchgesetzt, die staatliche Ressourcen nutzen und sich eine starke Position in lukrativen Wirtschaftszweigen – wie z.B. dem Erdölmarkt – verschafft haben. Eine Reihe von Banken erwarb 1995/96 Anteile an zahlreichen Großbetrieben und wurden zum Kern bankgeführter Finanz-Industrie-Gruppen, Keimzellen künftiger Finanz- und Industrieimperien.

3. Unternehmer und Bankiers wurden in der russischen Öffentlichkeit erst seit Mitte der neunziger Jahre als politische Akteure perzipiert. Denn erst mit der Herausbildung und der Konsolidierung integrierter Finanz- und Industriestrukturen gewannen sie gegenüber der Politik, von der sie vorher profitiert hatten, größere Selbständigkeit und konnten ihrerseits auf sie Einfluß nehmen. 1997 und 1998 schält sich ein Kreis von Wirtschaftsführern heraus, die mit Präsident und Regierung in engem Kontakt stehen und zu Konsultationen herangezogen werden. Es sind vor allem Vertreter von Unternehmen des Energiesektors und des privaten Bankenbereichs, die zu dem Zirkel gehören, der sich seit 1996 im Umfeld des Präsidenten etabliert hat.

4. Angesichts unterschiedlicher Unternehmensstrukturen und divergierender Geschäftsinteressen wird es schwer, die russischen Kapitalgruppen als Einheit zu betrachten. Allerdings haben sie alle ein starkes Interesse an der Wahrung des sozialen und politischen *status quo*. Doch der Wettbewerb zwischen den Kapitalgruppen hat 1997 und 1998 erheblich an Schärfe zugenommen, insbesondere auf vielversprechenden Märkten. Da die russischen Gruppierungen aber durchweg kapitalschwach sind, ist gleichzeitig der Zwang zur Allianzenbildung gestiegen. Es zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der zwei oder drei Finanzkonglomerate wenigstens punktuell zusammengehen, um profitable Marktsegmente zu besetzen und konkurrierende Unternehmensgruppen zu verdrängen.

5. Zweifellos spielen die russischen Kapitalgruppen auch eine politische Rolle. Ihre Erfahrungen, ihr wirtschaftliches Gewicht und die Dimension ihrer Geschäfte lassen ihnen kaum eine andere Wahl. Andererseits verfolgen sie auch und vor allem kommerzielle Interessen: Es geht um Investitionen, Umsatz und Erlöse, um erfolgreiches Management, um Ausbau und Organisation von Unternehmen. Politische und Geschäftsinteressen vermengen sich also. Insofern stellen die russischen Wirtschaftskapitäne einen besonderen Typ des "politischen Unternehmers" dar, der möglicherweise ein spezifisches Merkmal der Transformation in Rußland ist. Damit wird die Herausformung starker Wirtschaftsgruppierungen, die selbstbewußt ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, zu einem Faktor, der angesichts des Fehlens einer starken Mittelschicht und der Passivität der Gesellschaft insgesamt den Charakter des politischen Systems beeinflußt. Nicht Konsolidierung von Demokratie ist demnach das zentrale Moment des politischen Prozesses in Rußland, sondern die Deformierung der durch Wahl und Verfassung legitimierten Präsidialdemokratie durch Inkorporierung von Unternehmensinteressen in das Handeln der Exekutive.

"Oligarchen" als Gestalter russischer Politik?

Der Sturz der Regierung Kirienko hat den Gerüchten Nahrung gegeben, die gesamte russische Politik werde von einigen Finanzmagnaten – von den "Oligarchen"[1] – gesteuert. Der Terminus "Oligarch" ist in den letzten Monaten in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen und hat als Modewort den Begriff "Mafia" ersetzt.[2] Und ähnlich wie das Wort "Mafia", mit dem nahezu jede negative Erscheinung der russischen Gegenwart erklärt wurde, büßt auch der Ausdruck "Oligarch" seinen Begriffsinhalt weitgehend ein. Der Generaldirektor der *Most*-nahen Medienholding *NTV-cholding* kritisierte den allgemeinen Sprachgebrauch mit einer gewissen Schärfe:

> Das Problem besteht darin, daß man die Oligarchen als Vertreter eines relativ großen Segments der nationalen Industrie notwendig beachten muß. Aber unsere Oligarchie hat sich in ein Erklärungsparadigma verwandelt. Sobald eine Schwierigkeit auftritt, da erweist es sich, daß all das Ränke der Oligarchie sind. Mehr noch, ich habe den Eindruck, daß die Regierungsführung das tatsächlich glaubt.[3]

---

1 Die Vorstellung, das politische System Rußlands besitze Züge einer Oligarchie, findet sich in der Literatur spätestens 1993; vgl. etwa Karaganov in einem Interview: Glavnoe sejčas – uderžat' obščestvo ot graždanskoj vojny. Zamestitel' direktor Instituty Evropy, člen Prezidentskogo soveta Sergej Karaganov sčitaet, čto opasno likvidirovat' "levuju opoziciju", in: Nezavisimaja gazeta, 13.10.1993, S. 1-2, hier S. 1; 1995/96, benutzen eine Reihe von Analytikern den Terminus bei der Analyse des russischen politischen Systems, allerdings vorwiegend mit Bezug auf den Charakter der regionalen Eliten; vgl. etwa: D.V. Badovskij; A.Ju. Šutov: Regional'nye ėlity v postsovetskoj Rossii: Osobennosti političeskogo učastija, in: Kentavr. Istoriko-politologičeskij žurnal, 1995, Nr. 6, S. 3-23, hier S. 7; V. Gel'man: Šachmatnye partii rossijskoj ėlity, in: Pro et Contra, 1.1996, Nr. 1, S. 22-31, hier S. 28; M.N. Afanas'ev: Pravjaščie ėlity Rossii: obraz dejatel'nosti, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1996, Nr. 3, S. 46-56, hier S. 53; u.v.a.m.; mit Bezug auf die Wirtschaftsmagnaten benutzte ihn u.a. O.V. Kryštanovskaja in ihrem vielbeachteten Artikel über die russischen Wirtschaftseliten: Finansovaja oligarchija v Rossii, in: Izvestija, 10.1.1996, S. 5; vgl. auch N.K. Kisovskaja: Predprinimateli i osnovnye političeskie partii Rossii (1991-1995 gg.), in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 3, S. 87-100, hier S. 94; der Begriff "Oligarchen" in der heute in Rußland populären Form setzte sich in der Öffentlichkeit 1996/1997 durch; nach unterschiedlichen Versionen wurde er entweder von Aleksandr Privalov (Izvestija) oder von Andrej Fadin (Obščaja gazeta) in Umlauf gebracht; vgl. Fond "Politika": Reestr Oligarchov 1998, S. 1; angesichts der Geläufigkeit des Terminus in politikwissenschaftlichen Texten dürfte aber keiner dieser Autoren tatsächlich ein 'Erstgeburtsrecht' in Anspruch nehmen können; allgemeine Verbreitung erfuhr der Begriff ohnehin erst, als prominente Politiker ihn aufnahmen; so benutzte ihn Boris Nemcov am 1.12.1997 in einem Interview in der "Novaja gazeta", in dem er seinen "Volkskapitalismus" dem "Nomenklaturbürokratischen Kapitalismus" Lužkovs und dem "Oligarchischen Kapitalismus" Berezovskijs gegenüberstellte; seine Kritik am "oligarchischen Kapitalismus" formulierte Nemcov in der Folge wiederholt in öffentlichen Äußerungen; vgl. Fond "Politika": Reestr Oligarchov 1998, S. 1; ferner: "Zdes', v Moskve, – sgustok i ljubvi, i nenavisti, i čevo chočeš'...", in: Moskovskie novosti, 15.-22.2.1998, S. 8-9; B.E. Nemcov: Buduščee Rossii. Oligarchija ili demokratija, in: Nezavisimaja gazeta, 17.3.1998, S. 8; in ähnlicher Weise ging auch Čubajs kritisch mit der Erscheinung des "oligarchischen Kapitalismus" um, vgl. "Prodažnaja gazeta, prodažnye žurnalisty, prodažnyj glavnyj redaktor!" – takimi slovami načal Anatolij Čubajs svoe interv'ju "Nezavisimoj gazete", in: Nezavisimaja gazeta, 7.3.1998, S. 1, 8, hier S. 8; auch Javlinskij benutzte im September 1997 diesen Terminus, vgl. G.A. Javlinskij: Kto pravit v Rossii – den'gi ili zakon?, in: Argumenty i fakty, 1997, Nr. 39, S. 5.

2 Vgl. die kritischen Anmerkungen von G. Bovt: U vas vsja spina, okazyvaetsja, v oligarchach, in: Segodnja, 16.4.1998, S. 3.

3 Svoj sredi oligarchov. Rasskazy po čudovščinuju vlast' oligarchii est' čistoe vran'e utveržDaet Igor' Malašen-

Doch auch wenn die Vorstellung von der Allmacht der "Oligarchen" ein Mythos ist, der von Regierungsmitgliedern, Medien und 'rechter' wie 'linker' Opposition gleichermaßen genährt und politisch genutzt wird, gründet er doch auf realen Entwicklungen: seit Ende der achtziger Jahre ist in Rußland eine Schicht von Unternehmer und Finanzleuten entstanden, die ihren Erfolg auch der Nähe zur Politik verdanken und die ihrerseits in vielfältiger Form auf Politik Einfluß nehmen. Dieses Phänomen soll im folgenden näher untersucht werden.

Resultate der Transformation in Rußland: Auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsmodell?

Vor mehr als elf Jahren begann die damalige sowjetische Führung damit, das politische, ökonomische – und in der Konsequenz auch das gesellschaftliche – System ihres Landes ernsthaft umzugestalten. Die Öffnung der Gesellschaft, die mit der Politik der *glasnost',* Anfang 1987 eingeleitet wurde, erste Überlegungen zu innerparteilichen Wahlen mit konkurrierenden Kandidaten, waren Signale, daß die Liberalisierung des Regimes, die bald nach dem Amtsantritt des Generalsekretärs Gorbačev einsetzte, im Begriff war, in einen Demokratisierungsprozeß überzugehen. Die XIX. Parteikonferenz im Sommer 1988 und in ihrem Gefolge die Wahlen zum Volkskongreß im Frühjahr 1989 stellten den Durchbruch zu einer Demokratisierung dar, die durch die Wahlen zu den Republiksparlamenten im Jahre 1990 und Präsidentenwahlen in Rußland 1991 noch vertieft wurde. Die Reform der politischen Ordnung – ursprünglich eine Initiative von oben – führte rasch zu einer Politisierung der Gesellschaft aus. Der Prozeß entwickelte auf der Ebene der Republiken und Regionen eine Eigendynamik, die letztlich die sowjetische Staatlichkeit zerstörte. Auch in der Wirtschaftspolitik deutete sich 1987 mit dem Betriebsgesetz und 1988 mit dem Genossenschaftsgesetz eine Abkehr von der alten ökonomischen Ordnung an. Während der Demokratisierungsprozeß aber rasch fortschritt und Ende 1991 zum Zerfall der UdSSR und zur Schaffung unabhängiger Staaten führte, stagnierte die ökonomische Reform. Zwar demontierte die Gorbačev-Administration die Branchenministerien und beschränkte den Einfluß der Planungsorgane, doch setzte sie an ihre Stelle keine neue Wirtschaftsordnung.[4] Erst der Zerfall der UdSSR und die Installation einer

---

ko, in: Nezavisimaja gazeta, 3.6.1998, S. 8; bei einer Umfrage des Fond "Obščestvennye mnenie", die im Frühsommer 1998 durchgeführt wurde, nannten zwar immerhin eine Anzahl der Respondenten Finanzmagnaten wie Berezovskij (23%), Gusinskij und Potanin (je 4%), aber viele zählten auch Präsident El'cin (8%), Ex-Ministerpräsident Černomyrdin (17%) oder den jetzigen Ministerpräsident Kirienko (1%) zu den Oligarchen. Selbst Boris Nemcov, der versucht, sich mit einer Antioligarchenkampagne zu profilieren, gilt einigen als Oligarch (4%). Wie es ein Kommentator der "Izvestija" ausdrückte – "das Volk kennt seine Oligarchen nicht." Ergebnisse veröffentlicht in FOM-Info, 11.6.1998 (Nr. 23); nach: http://www.cityline.ru/politika/raznoe/olig-rat.html, Download 11.8.1998; vgl. die Kommentare bei: Interfaks: Rossijane ne sovsem četko ponimajut, kto takie oligarchi, in: Segodnja, 1.8.1998, S. 2; G. Bovt: Stalin, Tamerlan ili čto-to svjazannoe s sel' skim chozjajstvom... Narod ne znaet svoich oligarchov, in: Izvestija, 4.8.1998, S. 2; von letzterem stammt das Zitat im Text.

[4] Vgl. zu diesem Prozeß u.a.: J.F. Hough: Opening Up the Soviet Economy, Washington D.C.: The Brookings Institution 1988; R. Sakwa: Gorbachev and his Reforms 1985-1990, New York, London usw.: Philip Allan 1990, xiv, 459 S.; A. Aslund: Gorbachev's Struggle for Economic Reform. The Soviet Reform Process, 1985-88, Ithaca, New York: Cornell University Press 1989; J.F. Hough: Democratization and Revolution in the USSR, 1985-1991, Washington, D.C.: Brookings 199, xvi, 542 S.

Reformregierung in Rußland Ende 1991 machte den Weg für die ökonomische Transformation frei. Innerhalb eines Jahres leitete die Regierung unter Federführung Egor Gajdars eine Preisliberaliserung ein, entwarf das Konzept für eine Privatisierungspolitik, schuf den Rahmen für einen inländischen Kapitalmarkt und den Handel mit Valuta. Die Gajdarschen Reformmaßnahmen wurden allerdings bald partiell beschnitten, zudem wurden sie nicht von einer wirksamen Stabilisierungsstrategie begleitet, da sie sich politisch nicht durchsetzen ließ. Trotzdem gab das Maßnahmenpaket der Wirtschaft eine neue Entwicklungsrichtung und beschleunigte zugleich den Prozeß sozialen Umbruchs, der seit den achtziger Jahren schleichend in Gang gekommen war. Die alte, sowjetische Gesellschaftsordnung zerfiel und aus dem System der Marktverteilung entstand eine neue Sozialstruktur, die durch scharfe Einkommensunterschiede gekennzeichnet war.[5] Die Herausbildung der neuen Gesellschaftsordnung war der eigentliche Kern des Transformationsprozesses.[6] Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die sich in den "Gründerjahren" von 1992 bis 1995 herausformten, trugen wesentlich zur Ausgestaltung der Marktordnung und des politischen Systems bei. Insofern muß in der Rückschau die Diskussion über das osteuropäische Transformationsmodell, die sich vor allem auf den Prozeß der Demokratisierung und des Übergangs zum Markt konzentrierte, um wenigstens einen Faktor – den des gesellschaftlichen Wandels – ergänzt werden. Das "Dilemma der Gleichzeitigkeit", die asymmetrische Entwicklung Marktwirtschaft und Demokratie, die viele Autoren bereits Anfang der neunziger Jahre mit Recht konstatiert haben,[7] ist über die Prozesse vermittelt, die sich in der Gesellschaft vollziehen. Die verstärkte Einbeziehung dieses Forschungsfeldes ermöglicht es, die Wechselbeziehungen zwischen dem Wandel des politischen Systems und der Herausformung marktwirtschaftlicher Strukturen genauer zu fassen.

---

5 Aus der umfangreichen Literatur vgl. u.a.: S. White; A. Pravda; Z. Gitelman (Hrsg.): Developments in Russian & Post-Soviet Politics, Basingstoke, London: MacMillan Press, 3.1994, xix, 359 S.; A. Aslund: How Russia Became a Market Economy, Washington, D.C.: The Brookings Institution, 1995, xviii, 378 S.; A.P. Butenko: On the Nature of the Social System Created in Russia, in: Sociological Research, 34.1995, Nr. 4, S. 58-69; R. Sakwa: Russian Politics and Society, London, New York: Routledge, 2.1996, xvii, 501 S.; J.D. Varoli: There Are More "New Poor" Than "New Russians", in: Transition, 2.1996, Nr. 20, S. 6-11; T.I. Zaslavskaia [T.I. Zaslavskaja]: Changes in the Criteria of Social Stratification of Russian Society, in: Sociological Research, 34.1995, Nr. 3, S. 37-42; Z.T. Golenkova: The Transformation of the Social Structure of Russian Society, in: Sociological Research, 35.1996, Nr. 6, S. 21-37; I.V. Kukolev: The Formation of the Business Elite, in: Sociological Research, 36.1997, Nr. 1, S. 23-43; J.S. Hellman: Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transition, in: World Politics, 50.1998, Nr. 1, S. 203-234.

6 Vgl. V.N. Dachin: Social'nye aspekty razvitija, in: Svobodnaja mysl', 1998, Nr. 5, S. 10-19, hier S. 11: "Soziale Prozesse im Leben der Gesellschaft entwickeln sich unter dem Einfluß vieler Faktoren – ökonomischer, politischer, kulturell-historischer usw. Doch die soziale Sphäre selbst ist die Grundlage für die Verfestigung und Stabilität der politischen, ökonomischen und übrigen Subsysteme. Daher kann man zugleich von der Spontaneität und der Steuerbarbeit sozialer Prozesse sprechen."

7 Vgl. etwa C. Offe: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, 45.1991, S. 279-192, hier S. 283; K.v. Beyme: Transformationstheorie – ein neuer interdisziplinärer Forschungszweig?, in: Geschichte und Gesellschaft, 20.1994, Nr. 1, S. 99-118, hier vor allem S. 103; K.v. Beyme: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag, 1994 (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1130), S. 80ff.; u.a.m.

Die operative Politik selbst hat diese Dimension weitgehend ausgeblendet. In Rußland haben die Wegbereiter der Transformation alle Anstrengungen unternommen, die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen, doch die Prozesse sozialen Wandels, die dadurch ausgelöst wurden, nahmen sie passiv hin. Insofern vollzieht sich die Umstrukturierung der russischen Gesellschaft mehr oder weniger spontan. Die Untersuchung dieses Prozesses und der Kräfte, die dabei wirksam sind, ist indes in Rußland in Angriff genommen worden.[8] Auch im Westen beginnt man inzwischen die Bedeutung dieser Entwicklungen zu verstehen.[9] Denn es ist deutlich geworden, daß die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dem politischen System einen eigenen Inhalt und dem Markt eine spezifische Struktur geben. Will man also die eigentümlichen Züge des russischen Demokratisierungsprozesses und der im Entstehen begriffenen russischen Marktwirtschaft erfassen, so muß man auch die Einwirkung durch die gesellschaftlichen Kräftegruppen reflektieren.

Die innerrussische Perzeption politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse 1993-1998

Angesichts des Schwankens der Wirtschaftsreformpolitik und der wiederholten Modifikation des politischen Systems seit 1992 fällt es schwer, die Dynamik politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu fassen. Machtapparate, Regionen, Wirtschaftsgruppen, politische Organisationen, Sinnstiftungsinstitute und Einzelpersonen wirken auf den politischen Prozeß ein und beeinflussen ihn mit wechselndem Erfolg.

Eine Vorstellung der Kräfteverschiebungen, die im Lauf der letzten sechs Jahre in Rußland stattgefunden haben, gibt der Blick auf die Gruppe der Personen, denen politischer Einfluß zugeschrieben wird. Im Auftrag der Zeitung *Nezavisimaja gazeta* stellt das Meinungsforschungsinstitut *Vox Populi* allmonatlich ein solches Ranking zusammen. Die Zusammensetzung der Gruppe wird durch Umfrage bei Journalisten und Politikwissenschaftlern ermittelt,[10] die Kandidaten aus einer vorgegebenen Liste auswählen und Wertungspunkte für politischen Einfluß vergeben. Aus den Antworten stellt *Vox Populi* dann seine Rangliste der "100 führenden Politiker Rußlands" im jeweils abgelaufenen Monat auf. Bei allem Vorbehalt – so ist wohl nicht auszuschließen, daß die politische Linie der *Nezavisimaja gazeta* bei der Gewichtung einzelner Akteure eine Rolle spielt – gibt diese Aufstellung doch eine Vorstellung von

---

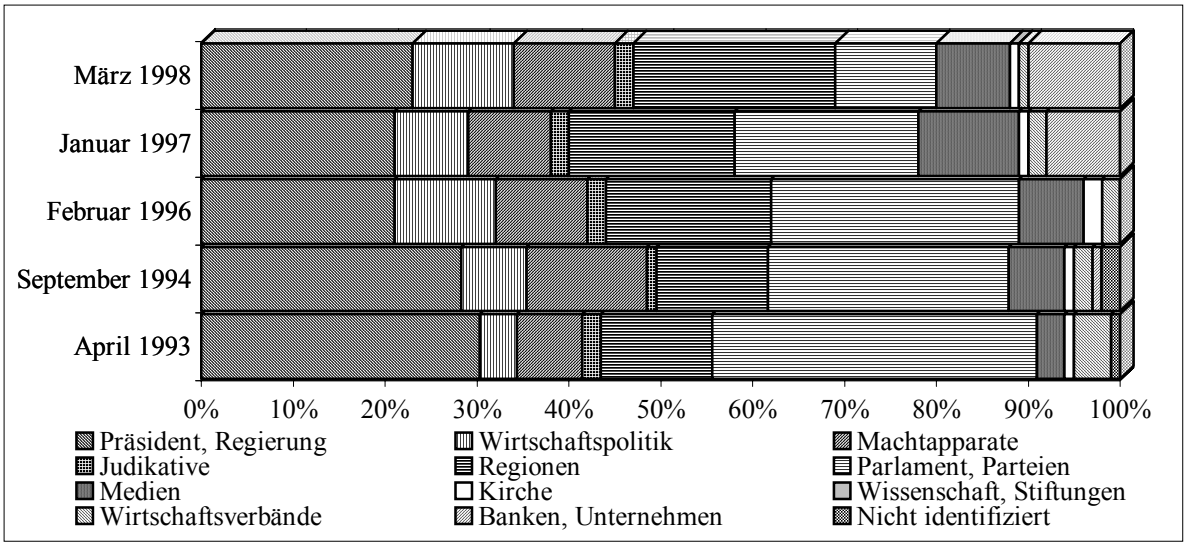
8 Vgl. oben Fußnote 5; ein Beispiel, wie man sozialen Wandel in der Phase des Übergangs fassen könnte, gibt N.E. Tichonova: Dinamika social'noj stratifikacii v postsovetskom obščestve, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1997, Nr. 5, S. 5-14.

9 Vgl. etwa Hellman, in: World Politics, 50.1998, Nr. 1, S. 203f.

10 Die Zusammensetzung der Expertengruppe wechselt offenbar von Zeit zu Zeit; Anfang 1998 gehörten ihr 49 Personen an, darunter 26 Journalisten und 23 Politikwissenschaftler; die Auswahlkriterien sind unklar, es fehlen aber Vertreter sowohl 'rechter' wie kommunistischer Medien, dagegen sind bis auf die "Segodnja" fast alle wichtigen überregionalen Zeitungen vertreten sowie die wichtigsten Rundfunk- und Fernsehanstalten; bei den Politologen sind vor allem Stiftungen vertreten, darunter auch die Carnegie Foundation, darüber hinaus die wichtigsten Institute der Akademie der Wissenschaften und die Zentralbank; vgl. A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v janvare. Jurij Lužkov rezko obošel Anatolija Čubajsa, in: Nezavisimaja gazeta, NG-Scenarii, 1998, Nr. 2, S. 3 (11).

den Personen, die Rußlands Politik mitbestimmen. Betrachtet man diese Listen über einen längeren Zeitraum und gruppiert die darin genannten Personen nach ihrem Tätigkeitsbereich, dann ergibt sich ein interessantes Bild davon, wie sich die Kräfteverschiebungen in der russischen Innenpolitik im Kopf der Experten abbilden:[11]

Abbildung 1: Perzeption der politischen Bedeutung von Elitegruppen in Rußland 1993-1998



Die Auswertung der Ratings legt den Schluß nahe, daß sich die Funktionsweise des politischen Systems in Rußland in den letzten Jahren qualitativ gewandelt hat. Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive verändert sich danach sichtbar, innerhalb der Exekutive verschiebt sich das Gewicht zwischen Peripherie und Zentrum und seit 1997 erkennen die russischen Beobachter das Vordringen großer Wirtschaftsunternehmen. Wenigstens ein Teil dieser Wahrnehmungen läßt sich in der Tat plausibel aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre erklären.

Im Jahre 1993 ist die Situation noch von der Konfrontation zwischen Präsident und Oberstem Sowjet bestimmt. Die Regionen sind nicht ohne Bedeutung, doch besitzen sie vor dem Hintergrund der scharfen Auseinandersetzung zwischen Legislative und Exekutive nur begrenzte Möglichkeiten, in den politischen Prozeß einzugreifen. Die Medien haben noch kein eigenständiges Gewicht entwickelt. Innerhalb der Exekutive dominieren die Umgebung des Präsidenten und die Regierungsmitglieder, nur wenige Wirtschaftsfachleute haben ein politisches Profil gewonnen. Als Vertreter der Machtapparate treten nur Verteidigungs-, Innen- und Si-

[11] Zum Verfahren bei der Erstellung der Graphik vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 49, Tabelle 9: Perzeption der politischen Bedeutung von Elitegruppen in Rußland 1993-1998.

cherheitsminister hervor. Neben ihnen spielt noch der Oberbefehlshaber der GUS-Streitkräfte eine gewisse Rolle.

Die gewaltsame Auflösung des Obersten Sowjets im Oktober 1993, das Verfassungsreferendum und die Dumawahlen im Dezember 1993 schaffen eine neue Situation. Die Staatsduma – das neue Parlament – hat in den Augen der Beobachter erheblich geringeres politisches Gewicht als das Vorgängergremium. Der Einfluß der Regionen auf die Politik des Zentrums nimmt in dieser Phase noch nicht zu, der Einfluß von Medienvertretern scheint etwas zu steigen. Ins Auge fällt aber der quantitative Zugewinn der Machtapparate, der sich einerseits aus der Vermehrung der mit innerer und äußerer Sicherheit befaßten Institutionen erklärt, andererseits daraus, daß nun eine Reihe hoher Militärs und Geheimdienstler in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken wie etwa Generalstabschef Kolesnikov oder der stellvertretende Verteidigungsminister Gromov. Darüber hinaus schlägt zu Buche, daß im Umfeld des Präsidenten eigene Machtstrukturen an Bedeutung gewonnen haben, und deren Leiter – Koržakov und Barsukov – politisch Einfluß gewinnen. Insgesamt ist die Situation nach der Einführung der Verfassung von 1993 durch ein Übergewicht des Präsidenten und er mit ihm verbundenen Exekutivorgane gekennzeichnet.

Im Februar 1996 – nach den Dumawahlen vom Dezember 1995 und im Vorfeld der Präsidentenwahlen im Juni – sind leichte Verschiebungen erkennbar. Nach wie vor dominiert die Exekutive, doch Regionalvertreter haben an Boden gewonnen und im Umfeld des Präsidenten steigt der Einfluß der Wirtschaftspolitiker. Strukturell läßt sich ersteres durch die Regionalwahlen erklären, die den regionalen Machthabern nun Legitimität und damit stärkere Unabhängigkeit verleihen, während die zweite Entwicklung der gewachsenen Bedeutung von Wirtschaftspolitik geschuldet ist. Dies ist die Phase, in der Tschubajs an Stelle von Soskovec die Leitung des Jelzinschen Wahlkampfteams übernimmt und die Unterstützung des amtierenden Präsidenten durch eine Allianz von Finanz- und Wirtschaftsgruppen organisiert. Dies führt zur Schwächung der konservativen Gruppe um Soskovec und Koržakov und leitet deren Entmachtung ein.

Die neuen Kräfteverhältnisse werden 1997 und 1998 auch in den Einschätzungen der Experten sichtbar: Parlaments- und Parteienvertreter verlieren zunehmend an Einfluß, Unternehmer – insbesondere die Führungsfiguren der großen Kapitalgruppen – und die mit ihnen verbundenen Medien gewinnen an Bedeutung. Gemeinsam mit der Moskauer Exekutive und den Re-

gionalvertretern dominieren sie in der Sicht der Analytiker das politische Spiel der auf der Verfassung von 1993 gegründeten, zweiten russischen Republik.[12]

Gewiß sind die Ratings, die das Meinungsforschungsinstitut *Vox Populi* im Auftrag der *Nezavisimaja gazeta* erstellt, nicht als direkter Ausdruck der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zum jeweiligen Zeitpunkt der Umfrage zu verstehen. Es handelt sich lediglich um die Perzeption einer Gruppe Moskauer Beobachter, die als Berater und Journalisten teilweise selbst in das politische Tagesgeschäft involviert sind. Zudem sollte nicht außer acht gelassen werden, daß die Zeitung selbst gern Partei nimmt und Partei ist. Dennoch lassen sich an Hand der Daten Hypothesen über die Entwicklung des politischen Systems formulieren, die der Nachprüfung unterzogen werden können:

1. Die politische Ordnung Rußlands befindet sich noch im Fluß. Gewiß stellt die gewaltsame Auflösung des Obersten Sowjet im Oktober 1993 und die Verabschiedung der neuen Verfassung im Dezember desselben Jahres einen Einschnitt dar, doch die Veränderungen der Folgejahre sind nicht weniger gravierend. Die Verschiebungen zwischen den gesellschaftlichen Kräftegruppen geben dem System von 1993, für das durch die Verfassung nur ein Rahmen gesetzt wurde, erst sein eigentliches Profil. Die Entfaltung marktwirtschaftlicher Strukturen durch die Voucher- und Post-Voucher-Privatisierung schafft die Gesellschaft neu und formt das Fundament eines politischen Systems. Dessen Konsolidierung ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.
2. Im politischen Prozeß hat die Exekutive – Regierung und Präsidialapparat – nach wie vor beherrschenden Einfluß. Parlament und Parteien spielen eine untergeordnete Rolle. Die Konsolidierung demokratischer Institutionen – die Zunahme von Legitimität und gesellschaftlicher Akzeptanz des neuen Systems –, die die Transitionsforschung als Bestandteil des Demokratisierungsprozesses begreift,[13] scheint sich zu verzögern. Das läßt sich aus

---

[12] Eine gewisse Bestätigung erfahren diese Beobachtungen durch die Entwicklung des "Rats für Außen- und Verteidigungspolitik", einer nichtstaatlichen Organisation. Dort erkennt man eine ähnliche Tendenz; dieses Gremium, das versucht, auf die russische Außenpolitik einzuwirken und daher Mitglieder kooptiert, von denen sich die Organisatoren – Wissenschaftler aus Instituten und Stiftungen – politisches Gewicht versprechen, hat den Anteil von Unternehmensvertretern deutlich verstärkt, während Parteipolitiker offensichtlich weniger attraktiv sind. Daß hier Repräsentanten der Regionalpolitik keine Rolle spielen, erklärt sich aus der inhaltlichen Ausrichtung auf Außen- und Sicherheitspolitik, die in einem traditionellen Verständnis als Sache der Moskauer Zentrale gesehen wird.; vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 49, Tabelle 10: Das Gewicht von Elitegruppen im "Rat für Außen- und Verteidigungspolitik" 1993 und 1997.

[13] Zu der Dreigliederung des Demokratisierungsprozesses in 'Liberalisierung', 'Demokratisierung', 'Konsolidierung' vgl. u.a. E. Bos: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen, in: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, hrsg. v. W. Merkel, Opladen: 1994, S. 81-109, hier S. 85ff., unter Berufung auf die Überlegungen von O'Donnell und Schmitter; vgl. ferner W. Merkel; E. Sandschneider; D. Segert: Die Institutionalisierung der Demokratie, in: W. Merkel; E. Sandschneider; D. Segert (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen: 1995, S. 9-36; vgl. auch die Studie von Linz und Stepan: J.J. Linz; A. Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, And Post-Communist Europa, London: The John Hopkins University Press, 1996; vgl. dazu die Besprechung von G.L. Munck: Bringing Postcommunist Societies into Democratization Studies, in: The Slavic Review, 56.1997, Nr. 3, S. 542-550.

den Bestimmungen der Verfassung von 1993 erklären, doch kann man auch die These aufstellen, daß die russische Gesellschaft bisher einfach keine Strukturen herausgebildet hat, die Rückhalt für eine Parlamentarisierung bilden und einen wirklichen Demokratisierungsprozeß tragen könnten.

3. Die Regionen und ihre politischen Repräsentanten bilden einen Faktor von wachsendem Gewicht. Wieweit dies ein Element von Demokratisierung darstellt, ist abhängig vom Charakter des politischen Prozesses in den 89 Föderationssubjekten. Um dies aufzuklären, bedarf es noch zahlreicher regional fokusierter Studien. Zweifellos sind aber die Regionen und ihr Verhältnis zum Zentrum ein wichtiges Element bei der Fortentwicklung des politischen Systems der zweiten russischen Republik.
4. Die Einschätzungen der befragten Experten zeigen seit 1996 einen raschen Gewichtszuwachs von Wirtschaftsvertretern. Anfang 1998 werden zehn führende Repräsentanten von Holdings und Bankengruppen unmittelbar zur engeren politischen Elite gerechnet. Aus dieser Beobachtung ergeben sich eine Reihe von Fragen. Zum einen wäre zu prüfen, ob sich diese Gruppe tatsächlich so großen Einfluß auf politische Entscheidungen verschafft hat – und darüber hinaus in welcher Weise sie diesen Einfluß ausübt. Zum zweiten ist zu fragen, ob dieser Einfluß vor 1996 tatsächlich nicht bestanden hat – oder ob die Moskauer Beobachter ihn einfach nicht wahrgenommen haben. Ferner gilt es zu erörtern, was diese politische Rolle von Wirtschaftsführern für den Charakter des politischen Systems bedeutet. Schließlich stellt sich auch die Frage, ob die Einwirkung dieser Gruppen – wenn ihr Einfluß auf den Transformationsprozeß tatsächlich so groß ist – Folgen für die Gestaltung des Wirtschaftssystems hat, ob sie dazu beiträgt, eine spezifisch russische Ausprägung von Marktwirtschaft zu schaffen.

Die Auswertung der Ratings der *Nezavisimaja gazeta* gibt also eine Vorstellung von den Besonderheiten der politischen und ökonomischen Entwicklung, die Rußland seit Ende 1993 durchläuft. Sie erlaubt es, Hypothesen über die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu bilden, die Ausgangspunkt für die Analyse der Tendenz des laufenden Transitionsprozesses sein können. Die vorliegende Studie will einen – für die Entwicklung des politischen und des ökonomischen Systems relevanten – Aspekt herausgreifen – die Herausformung jener Gruppe von Wirtschaftsführern, die in der Perzeption der Moskauer Beobachter nach 1996 einen solchen immensen Zugewinn an Einfluß zu verzeichnen haben. Dabei ist auch der Frage nachzugehen, auf welche realen Entwicklungen sich die Vorstellung stützt, daß die russische Politik gegenwärtig von "Oligarchen" – so bezeichnen die russischen Medien eine bestimmte Gruppe von Bankiers und Großunternehmern – bestimmt wird.[14]

Die Entwicklung von Unternehmens- und Finanzkonglomeraten in Rußland

Der Nährboden der Vorstellung, daß die "Oligarchen" die eigentliche Macht im heutigen Rußland darstellen, ist die rasche Ausdehnung des Bankensektors in den letzten Jahren und –

[14] Zum Begriff der "Oligarchen" vgl. oben Fußnote 1.

in Verbindung damit – die Entstehung großer Unternehmensgebilde, die Finanzinstitute und Industriebetriebe zusammenfassen.. Die Privatisierung des Produktionskapitals und die rasche Entfaltung des innerrussischen Finanzmarktes – integraler Bestandteil der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft – hat innerhalb der Gesellschaft Ungleichheiten geschaffen und eine kleine Gruppe von Unerschrockenen in eine wirtschaftlich begründete Machtstellung katapultiert.

Finanz-Industrie-Gruppen

Die Herausbildung großer Unternehmenskonglomerate, für die sich in der russischen und der westlichen Literatur die etwas irreführende Bezeichnung "Finanz-Industrie-Gruppen" (FIGs) eingebürgert hat, ist ein typischer Zug der gegenwärtigen Phase der Marktentwicklung in Rußland.[15] Die Entwicklung solcher Strukturen setzte im Laufe des Jahres 1993 ein, nachdem der Zerfall der aus der Ära der Planwirtschaft überkommenen Industrieverwaltungsstrukturen und die Auflösung der Produktionsvereinigungen sowjetischen Typs in der ersten Etappe der Reformen (1992-1993) Raum für neue Organisationsformen gab. Etwa 20.000 von den ca. 25.000 Groß- und Mittelbetrieben standen Ende 1992 zur Privatisierung an. Im April 1994 waren 80% davon in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Aktien von 14.000 Betriebe wurden auf Voucher-Auktionen verkauft. Großunternehmen verhielten sich allerdings zunächst zögerlich und warteten ab, bis die Phase der Voucher-Privatisierung Mitte 1994 zu Ende ging.[16] Dann allerdings ging die Auktionierung der wichtigsten Großbetriebe rasch voran.

Die Bildung von FIGs gehört in diesen Zusammenhang. Die ersten Zusammenschlüsse dieser Art datieren auf den Beginn des Jahres 1993 und sind als Versuch "alter" Wirtschaftseliten zu verstehen, hergebrachte industrielle Zusammenhänge zu bewahren. Erst die gewaltsame Zer-

---

[15] Zur Frage der Entwicklung von Finanz- und Industriegruppen hat sich inzwischen ein breites Schrifttum entwickelt; vgl. u.a. J. Johnson: Russia's Emerging Financial-Industrial Groups, in: Post-Soviet Affairs, 13.1997, Nr. 4, S. 333-365; D.M. Michajlov: Finansovo-promyšlennye gruppy: specifika Rossii, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 4, S. 120-130; S. Mizobata: Financial Relations in the Russian Financial-Industrial Groups. A Comparison of Russia and Japan, Kyoto 1998 (= Kyoto Institute of Economic Research. Kyoto University. Discussion Paper No. 480), 42 S.; D.Ju. Nikologorskij: Krupnye integrirovannye struktury v promyšlennosti, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1997, Nr. 11, S. 70-83; V. Sharifov: Opyt' neformal'noj FPG choldingovo tipa: rol' finansovych institutov, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 10, S. 33-36; S. Sinel'nikov: Finanz-Industrie-Gruppen als Element der russischen Strukturpolitik, Köln 27.12.1995 (= Aktuelle Analysen. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 74/1995), 5 S.; I. Starodubrovskaja: Finansovo-promyšlennye gruppa: Illjuzii i real'nost', in: Voprosy ėkonomiki, 1995, Nr. 5, S. 135-146; O.N. Soskovec: Ob-edinenija predprijatij sposobstvujut oživleniju ėkonomiki. Problemy otečestvenno-promyšlennych grupp rassmatrivaet prezident Associacii FPG Rossii Oleg Soskovec, in: Finansovye Izvestija, 20.1.1998, S. II; A.V. Suvorov: Banki i finansovo-promyšlennye gruppy, in: Finansy, 1998, Nr. 1, S. 15-17; J.B. Vinslav (Hrsg.): Finansovo-promyšlennye gruppy Rossijskoj Federacii. Spravočnik, Moskva: Mežvedomstvennyj analitičeskij centr 1996, 128 S.; J.B. Vinslav: Otečestvennye FPG: Dostignutye rubeži i zadači razvitija, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 9, S. 3-23; J.B. Vinslav: Resul'taty monitoringa dejatel'nosti finansovo-promyshlennych grupp, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 10, S. 29-32; Fond "Centr Političeskich Technologij": Finansovo-promyšlennye gruppy i konglomeraty v ėkonomike i politike sovremennoj Rossii, 1998 (= http://www. nns.ru/analytdoc/fgp.html-fpg36.html; Download am 2.5.1998).

[16] Vgl. Aslund: How Russia Became a Market Economy, 1995, S. 252ff.

schlagung des Obersten Sowjets, der sich gegen eine weitergehende Restrukturierung der Wirtschaft gewandt hatte, gab der präsidialen Exekutive, in der zu diesem Zeitpunkt die Industrielobby dominierte, Anfang Oktober 1993 Spielraum, die Reformen voranzutreiben und in diesem Kontext auch die rechtlichen Grundlagen für die Bildung von Finanz-Industrie-Gruppen zu schaffen.[17] Im Laufe des Jahres 1994 wurden im Rahmen dieser Regelung sechs FIGs registriert, 1995 weitere 20. Gegenwärtig scheinen 83 offiziell gemeldet zu sein.[18] Die Bildung von FIGs, die im Rahmen der Bestimmungen offiziell registriert werden, stellt aber nur einen Aspekt des Rekonzentrationsprozesses in der russischen Wirtschaft dar. Zeitlich parallel entstanden eine Vielzahl von Holdings und Unternehmenskonglomeraten, die nicht als FIGs organisiert wurden.[19] Solche "inoffiziellen" Strukturen scheinen wirtschaftlich eine weit größere Rolle zu spielen als die offiziell registrierten FIGs. Autoren wie Juliet Johnson und D.Ju. Nikologorskij beschränken sich bei ihrer Analyse von Finanz- und Wirtschaftskonglomeraten denn auch nicht auf die offiziell registrierten Finanz-Industrie-Gruppen, sondern suchen alle Organisationsformen zu erfassen.

Juliet Johnson unterscheidet in ihrer Studie einerseits zwischen registrierten und nicht registrierten FIGs, andererseits zwischen bank- und industriegeführten (*bank-led* bzw. *industry-led*). Die zweite Kategorisierung ist dabei für sie die eigentlich relevante. Industriegeführte Gruppen, die in der Regel den Weg der offiziellen Registrierung gingen, entstanden nach Johnson im Kontext der ersten Privatisierungsphase 1992-1994. Ihre Bildung verfolgte hauptsächlich zwei Ziele: zum einen die Sicherung der Kontrolle über das Unternehmen durch die Eigentümer (Manager oder Staat) und zum andern die Minimierung der ökonomischen Risi-

---

17 Johnson, in: Post-Soviet Affairs, 13.1997, Nr. 4, S. 336, geht davon aus, daß die ersten Finanz-Industrie-Gruppen sich informell Anfang 1993 zu bilden begannen; Nikologorskij, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1997, Nr. 11, S. 71, datiert den Beginn der Bildung integrierter Industrie- und Finanzstrukturen auf das Jahr 1994; offiziell wurde die erste FIG, Ural'skie zavody, am 21.12.1992 unter der Nr. 93001 registriert, vgl. Vinslav 1996, S. 9; die gesetzlichen Grundlagen wurden Ende 1993 durch einen Präsidentenerlaß geschaffen, das Gesetz über die Finanz-Industrie-Gruppen wurde erst im Oktober 1995 von der Duma verabschiedet; vgl. Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: O sozdanii finansovo-promyšlennych grupp v Rossijskoj Federacii, in: Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 6.12.1993, Nr. 49, S. 5358-5359; Položenie o finansovo-promyšlennych gruppach i porjadke ich sozdanija, in: Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 6.12.1993, Nr. 49, S. 5359-5362; Rossijskaja Federacija. Federal'nyj zakon: O finansovo-promyšlennych gruppach. Prinjat Gosudarstvennoj Dumoj 27 oktjabrja 1995 goda. Odobren Sovetom Federacii 15 nojabrja 1995 goda, in: Rossijskaja gazeta, 6.12.1995, S. 3.

18 Vgl. die Liste der offiziell registrierten Finanz-Industrie-Gruppen bei Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 38ff., Tabelle 5: Liste der offiziell registrierten Finanz-Industrie-Gruppen ; die dort angegebene Gesamtzahl könnte noch steigen; D.M. Michajlov: Finansovo-promyšlennye gruppy: specifika Rossii, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 4, S. 120-130, hier S. 123, prognostizierte Anfang 1997 für das laufende Jahr die Registrierung 150-170 FIGs auf Basis der Information, daß bereits Anfang 1996 etwa 100 Anträge auf Registrierung bei Goskomprom vorlagen; allerdings listete der Vorsitzende der Assoziation der FIGs, Soskovec, im Januar 1998 in einem Zeitungsartikel lediglich 72 als offiziell registriert auf (in: Finansovye Izvestija, 20.1.1998, S. II); nach Angaben von A.V. Suvorov: Banki i finansovo-promyšlennye gruppy, in: Finansy, 1998, Nr. 1, S. 15-17, hier S. 15, dauert die Formierung einer FIG gewöhnlich zwei Jahre.

19 Johnson, in: Post-Soviet Affairs, 13.1997, Nr. 4, S. 344f.

ken in der unsicheren Phase des Übergangs.[20] Bankgeführte FIGs formten sich dagegen, so Johnson, anfangs nur zögernd heraus, da die Banken sich zunächst eher mit Währungsspekulation und kurzfristige Staatsanleihen beschäftigten. Erst als die Inflation zurückgedämmt wurde, begannen die Kreditinstitute ihren Blick auch auf Anlagemöglichkeiten im Industriebereich zu richten.[21] Die Mehrheit der bankgeführten Gruppen, die nun entstanden, vermied jedoch die offizielle Anmeldung, da die Registrierung faktisch keine Vorteile, jedoch eine ganze Reihe von Restriktionen mit sich brachte.[22]

Gegenüber dieser Typisierung, die sich eher an inhaltlichen Kriterien orientiert, wählt Nikologorskij einen etwas anderen Ansatz, der formale Kennzeichen in den Vordergrund stellt. Auch er unterstreicht die Tendenz zur Bildung "großer integrierter Industriestrukturen", für die er vier Gründe sieht: das rasche Wachstum der Transaktionskosten, die Notwendigkeit, die durch den Zerfall der sowjetischen Leitungsstrukturen zerrütteten produktiven und technologischen Zusammenhänge wiederherzustellen, die Aufgabe, die Produktion der Betriebe grundlegend umzustrukturieren, und schließlich die Erfordernisse zum Aufbau einer leistungsfähigen Interessenvertretung der Unternehmen.[23] Er unterscheidet zwischen Holdings (*Kompanija choldingogo tipa*), Assoziation von Unternehmen (*Associacij predprijatij*), Absatzorganisationen (*Sbytovaja organizacija*) und Finanz-Industrie-Gruppen (*Finansovo-promyšlennaja gruppa – FPG*).[24] Unter Holding versteht er Gesellschaften, die andere Unternehmen über Aktienbesitz kontrollieren. Als Beispiel zieht er die großen russischen Mineralölgesellschaften wie *LUKojl*, *Sidanko* oder *JuKOS* heran. Demgegenüber charakterisiert er den Konzern *Rostekstil'* als Assoziation, in deren Rahmen mehrere Unternehmen gemeinsam auf dem Markt agieren und ihre Interessen gegenüber der Politik vertreten. Die Absatzorganisation – als einziges russisches Beispiel nennt er die staatliche Rüstungsexportgesellschaft *Rosvooruženie* – koordiniert Verkauf und Serviceleistungen mehrerer Unternehmen, wirkt aber – da Absatz und Befriedigung der Kundeninteressen eine Schlüsselfrage ist – auf eine größere Effizienz der Lieferbetriebe hin. Als Finanz-Industrie-Gruppen schließlich faßt er alle – registrierten oder nicht registrierten – Zusammenschlüsse von Industriebetrieben und Kreditunternehmen. Nikologorskijs Kategorisierung ist gewiß in mancher Hinsicht genauer als die Unterscheidung zwischen *bank-led* und *industry-led* FIGs, die Juliet Johnson benutzt, doch sie schafft keine größere Klarheit. So entsprechen eine Reihe der um Banken gruppierten FIGs wohl eher dem Holdingtyp, während die Holdings, die er namentlich aufführt häufig selbst Bestandteile von bankgeführten Gruppen sind. *Rosvooruženie* wiederum ist eine staatliche Gesellschaft, die ihre Position vor allem aufgrund der besonderen, über Lizenzvergabe geregelte Situation im Rüstungsexportgeschäft halten kann.

---

[20] Ebd., S. 336.

[21] Ebd., S. 344.

[22] Ebd., S. 334ff.

[23] Ebd., S. 72f.

[24] Nikologorskij, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1997, Nr. 11, S. 73, 78, 79, 80f.

Für die Beurteilung der Tätigkeit der russischen Unternehmenskonglomerate ist es daher sinnvoller auf die grobe Unterscheidung zwischen bank- und industriegeführten Gruppen zurückzugreifen, die Juliet Johnson eingeführt hat. Daran knüpft auch eine Bewertung der Kreditrisiken in FIGs an, die *Standart & Poor* unlängst vorgestellt. hat. Die Rating-Agentur geht über die Frage der Registrierung bzw. Nichtregistrierung der Gruppen hinweg und orientiert sich an Struktur und Verhalten der Unternehmenskonglomerate. Zutreffend wird festgestellt, daß die Binnenstruktur der FIGs durchweg unterschiedlich und meist auch schwer durchschaubar ist.[25] Die Agentur unterscheidet ganz pragmatisch drei Typen:

- die bankgeführten Gruppen, die 1994-95 im Verlaufe der Postvoucherprivatisierung auf dem Wege des Aufkaufs von Staatsunternehmen durch Banken entstanden;
- die industriegeführten Gruppen, zu denen die Konglomerate gerechnet werden, die z.B. um Gazprom, *AvtoVAZ*, und das Energieunternehmen *EĖS Rossii* entstanden sind;
- sowie regionale Gruppen, die in jüngster Zeit hervortreten. Dabei hat *Standart & Poor* vor allem die sogenannte "Moskauer Gruppe" im Auge, die von der Moskauer Stadtverwaltung aufgebaut wird, um dem Bürgermeister Lužkov eine Basis für seinen Präsidentenwahlkampf zu verschaffen.

Schon aus dieser Kurzbeschreibung wird deutlich, wie unterschiedlich Struktur und Ausrichtung der Unternehmensgruppen sind – und wie eng ihre Verflechtung mit Politik sein kann. Nicht immer scheinen bei ihrer Bildung betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund zu stehen. Dennoch waren und sind die Erwartungen an diese Organisationsform erheblich. Ein russischer Beobachter sprach 1995 davon, daß die neuen integrierten Strukturen eine prioritäre Rolle in der russischen Wirtschaftspolitik spielen sollten, ein anderer bezeichnete die Finanz-Industrie-Gruppen noch Anfang 1998 noch als wichtiges Instrument der Wirtschaftspolitik.[26] Westliche Beobachter sind dagegen eher skeptisch und verweisen auf die organisatorische und finanzielle Schwäche dieser Strukturen.[27] Juliet Johnson interpretiert die Entstehung von FIGs als Reaktion auf die Unsicherheiten der ökonomischen Transition und zugleich als eine Fortschreibung sowjetischer Organisationsformen:

> The emergence of FIGs in Russia in the 1990s has been a result both of Soviet-era institutional legacies and of the difficult economic transition process. The traditional close ties between enterprises and the state, the penchant for creating giant economic concerns, the insider-dominated transactions, the bureaucratized corruption, and the importance of accumulating political power in order to wield economic clout all had their roots in Soviet times. These tendencies exacerbated by Russia's transitional conditions, which allowed well-placed individuals to concentrate assets in their own hand in an atmosphere of uncertain property rights, an underdeveloped legal system, and poor investment conditions.[28]

---

[25] Vgl. Credit Risk in Russian Financial-Industrial Groups, in: Standart & Poor's Credit Week, 24.6.1998, S. 9-15, hier S. 10f.

[26] Ebd.; Sinel'nikov (= Aktuelle Analysen Nr. 74/1995), S. 4.

[27] Vgl. Mizobata 1998 (= Kyoto Institute of Eonomic Research. Discussion Paper No. 480), S. 21; Johnson, in: Post-Soviet Affairs, 13.1997, Nr. 4, S. 360ff.

[28] Ebd. S. 360.

Tatsächlich erscheint die Schaffung großer integrierter Finanz- und Industriestrukturen im Kontext der unklaren, rasch wechselnden russischen Marktbedingungen grundsätzlich als sinnvoller Schritt, bei dem man sich darüber hinaus auf Vorbilder in Japan, Südkorea und den westlichen Industriestaaten stützen kann.[29] Allerdings ist offensichtlich nur ein geringer Teil der Unternehmensgruppen in der Lage, die gestellte Aufgabe – die Optimierung und Restrukturierung der zugehörigen Betriebe, die Beschaffung des benötigten Kapitals und dessen rationales Management – tatsächlich zu lösen. Insofern ist Juliet Johnsons Skepsis gegenüber den Zukunftsaussichten der FIGs durchaus berechtigt.[30]

Bankensektor

Die Herausbildung von Finanz-Industrie-Gruppen ist undenkbar ohne die rasche Entwicklung des russischen Bankensektors.[31] Sie begann mit der Reorganisation des sowjetischen Bankensystems im Jahre 1987, die Spezialbanken schuf, die einzelne volkswirtschaftliche Komplexe bedienen sollten. In dieser Phase entstanden u.a. die *Promstrojbank SSSR*, die sich mit Bankoperationen in Industrie, Bauwesen, Verkehr, Nachrichtenwesen u.a. befaßte, die *Agroprombank SSSR*, zu deren Klientel Kolchosen, Sowchosen und Betriebe des agroindustriellen Komplexes zählten, die *Žilsocbank SSSR*, die sich mit kommunalen Dienstleistungen, Wohnungsbau, Leichtindustrie, Handel und Kooperativen befassen sollte, und die *Sberbank SSSR*, die auf der Basis der Sparkassen geschaffen wurde, um für breite Bevölkerungskreise Finanzdienstleistungen bereitzustellen, aber zugleich auch ihre Ersparnisse abschöpfen und die innere Staatsschuld bedienen sollte. Die *Sberbank* verfügte über ein Filialnetz mit mehr als 70.000 Filialen, die aus den ehemaligen Sparkassen gebildet wurden. Ein weiteres Institut schließlich, die Vnešėkonombank, konzentrierte sich auf den Außenwirtschaftsbereich und kreditierte die Betriebe und Organisationen, die im Ex- und Import tätig waren.[32] Die Organisation dieser Spezialbanken war der erste Schritt zu einem modernen, ausdifferenzierten Bankensystem. Die Entwicklung blieb aber nicht dabei stehen. Das nach wie vor zentralisierte Bankensystem geriet bald in Gegensatz zu den Interessen der Unionsrepubliken, die in dieser Phase zunehmend an Selbständigkeit gewannen und auch im Bankensektor Rechte einforder-

---

29 Ebd. S. 360ff.; Michajlov: Finansovo-promyšlennye gruppy: specifika Rossii, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 4, S. 72f.; vgl. auch Mizobata 1998 (= Kyoto Institute of Eonomic Research. Discussion Paper No. 480), S. 21, der die Unterschiede zwischen russischen und japanischen FIGs hervorhebt.

30 Johnson, in: Post-Soviet Affairs, 13.1997, Nr. 4, S. 361f.

31 Zur Entwicklung des Bankensektors vgl.: W. Tompson: Old Habits Die Hard: Fiscal Imperatives, State Regulation and the Role of Russia's Banks, in: Europe-Asia Studies, 49.1997, Nr. 7, S. 1159-1185; V.I. Bukato; J.I. L'vov: Banki i bankovskie operacii v Rossii, Moskva: Finansy i statistika 1996, 335 S.; J. Rautava (Hrsg.): Russia's Financial Markets and the Banking Sector in Transition, Helsinki: Suomen Pankki/Bank of Finland 1996 (= Bank of Finland Studies A:95), 201 S.; O.A. Lemmingson: Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland, Mannheim, November 1997 (= Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim. Untersuchungen des FKKS 16/ 1997), 47 S.; allgemein zur Rolle der Banken in der Transformation vgl. J.P. Bonin; K. Mizsei; I. Székely; P. Wachtel: Banking in Transition Economies. Developing Market Oriented Banking Sectors in Eastern European "Economic Miracle", Cheltenham: Edgar Elgar 1998, xii, 195 S.

32 Bukato; L'vov 1996, S. 18f.; Rautava 1996, S. 123ff.; Lemmingson 1997, S. 3f.

ten. Gleichzeitig entstand ein Netz von Geschäftsbanken. Die erste genossenschaftliche – d.h. faktisch private – Bank wurde 1988 gegründet – die *Sojuzbank* in Tšimkent (Kazachstan).[33] 1990 gab es bereits 300 solcher mehr oder weniger privater Kreditinstitute, obgleich das Staatsmonopol im Bankenbereich erst Ende 1990 beseitigt wurde.[34] Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nahm die Zahl der Banken dann rasch zu.[35]

In der Anfangsphase der Wirtschaftsreformen befaßten sich die Geschäftsbanken vor allem mit Devisenoperationen. In den Jahren der Hyperinflation 1992-1994/95 war es äußerst gewinnbringend, niedrig verzinste Rubeleinlagen in Devisen umzuwandeln und mit positiver realer Verzinsung anzulegen. Russische Banken erhielten in dieser Phase von der Zentralbank, die 1992 bis 1994 eine expansive Geldpolitik betrieb, relativ günstige Kredite, die sie vor allem für gewinnbringende Devisenspekulationen einsetzten.[36] Nicht ohne Grund ist in den Inflationsjahren ein regelrechter Boom von Bankengründungen zu verzeichnen, dessen Höhepunkt im Jahre 1994 liegt. In diesem Jahr ist nicht nur ein zahlenmäßiger Zuwachs von nahezu 25% zu verzeichnen, es ist auch der Zeitpunkt, zu dem – nimmt man nur die aktiven Geldinstitute – die Zahl der russischen Banken am größten war. Seitdem geht ihre Anzahl ständig zurück. Denn mit der Dämpfung der Inflation mußten sich die Kreditinstitute neu orientieren und andere Einnahmequellen suchen. Daher wandten sie sich dem Markt für Staatsanleihen zu, die seit Anfang 1994 zu Finanzierung des Haushaltsdefizits aufgelegt wurden und jährliche Renditen bis zu 100% und mehr versprachen.[37] Für 50 bis 100 sogenannte "autorisierte Banken" wurde die Verwaltung von Geldern aus dem Staatshaushalt eine weitere Einnahmequelle. Indem staatliche Einrichtungen – wie etwa die Zollverwaltung – ihre Gelder über Konten von Geschäftsbanken laufen ließen, gewährten sie diesen faktisch kurzfristige zinslose Kredite, da die Banken mit diesen Einlagen zwischenzeitlich ihre eigenen Geschäfte betreiben konnten.[38] 1997 existierten 170.00 solcher Konten mit Budgetgeldern, davon 56% bei staatlichen Banken (Zentralbank 50%, *Sberbank* 6%) und 44%

---

[33] Ebd. S. 6.

[34] Bukato; L'vov 1996, S. 20.

[35] Vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 50ff., Tabelle 11: Die Entwicklung des Bankensektors in Rußland 1991-1997.

[36] Vgl. H. Pleines: Korruption und Kriminalität im russischen Bankensektor, Köln 24.6.1998 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 28-1998), S. 11; Pleines bezieht sich auf: A. Aslund, Russian banking. Crisis or rent-seeking?, in: Post-Soviet Geography, 1996, Nr. 8, S. 495-502, hier: S.497; sowie J. Johnson, Banking in Russia. Shadows of the past, in: Problems of Post-Communism 1996, Nr. 3, S.49-59.

[37] Vgl. Pleines (Bericht des BIOst Nr. 28-1998), S. 12; ferner: R. Lyle: Russia. Banking shake-out expected to thin ranks of Russian banks, in: RFE/RL Weekday Magazine 22.8.1996.

[38] Vgl. Pleines (Bericht des BIOst Nr. 28-1998), S. 12; vgl. W. Tompson, in: Europe-Asia Studies, 49.1997, Nr. 7, S. 1170-1173; Segodnja 29.11.1996, S. 5.

bei Geschäftsbanken.[39] Allerdings kam nur eine kleine Gruppe von Banken mit guten politischen Verbindungen – etwa 5% der privaten Geldinstitute – in den Genuß dieses Privilegs.

Gering war auch der Anteil jener Banken, die in der Lage waren, im Rahmen von Privatisierungsauktionen Anteile an Großbetrieben zu erwerben und sich damit eine Position innerhalb des realen Sektors zu verschaffen. Nachdem das Bankgeschäft eine neue Qualität gewann und die Zentralbank obendrein begann, die Tätigkeit der Geldinstitut schärfer zu überwachen, nimmt es nicht wunder, daß der Anteil der Banken, die sich aus dem aktiven Geschäft zurückzogen, und die Zahl der eingezogenen Lizenzen rasch anstieg. Der Bankensektor trat in eine Übergangsphase ein, in der sich vor allem jene Institute durchsetzen konnten, die staatliche Ressourcen nutzten und sich eine starke Position in lukrativen Wirtschaftszweigen – wie z.B. dem Erdölmarkt – verschafften. Zudem gingen eine Reihe von Banken auch daran, Filialnetze aufzubauen, um am Kundengeschäft zu partizipieren und Finanzdienstleistungen im gesamten Lande anzubieten.[40] Dieser Wandel war verbunden mit einem Konzentrationsprozeß – die Zahl der aktiven Kreditinstitute ging rasch zurück – und mit einer Konsolidierung – die Zahl der mit Verlust arbeitenden Institute sank deutlich. Erfolgreich waren vor allem Banken, die über gute politische Verbindungen verfügten, und so in der Lage waren, sich ausreichende Mittel zu verschaffen. Eine Reihe von Banken erwarben Anteile an Großbetrieben und wurden zum Kern bankgeführter Finanz-Industrie-Gruppen, Keimzellen künftiger Finanz- und Industrieimperien.

---

[39] Vgl. Pleines (Bericht des BIOst Nr. 28-1998), S. 12; vgl. Russian government again looks for ways to tighten budget discipline, in: The Jamestown Foundation. MONITOR, 9 July 1997: "Chernomyrdin also called, once again, for an end to the practice of channeling federal budget funds through a set of 'authorized' commercial banks. This system has been a source of considerable profit to the banks, and has fueled corruption since banks compete to be included on the chosen list. Currently, federal funds are distributed among some 170,000 bank accounts, half in the Central Bank, 6 percent in Sberbank, and 44 percent in commercial banks. This decentralized system increases the opportunities for money to go astray in the process of distribution to the regions and to government agencies."

[40] Zum Wandel im Bankengeschäft vgl. u.a. Krupnejšie banki Rossii: koncentracija sil. "Banki stanovjatsja menee durnymi". O svoich vzgljadach na razvitie bankovksogo sektora rasskazyvaet načal'nik OPERU-2 Central'nogo banka Rossii Denis Kiselev, in: Ėkspert, 1997, Nr. 32, S. 42-44; Aleksandr Smolenskij: menja trjacet ot Choloda. Glava bankovskoj gruppy SBS-Agro dal intervju speckorrespondentu Kommersanta Julii Pelechovoj., in: Kommersant Daily, 28.11.1997, S. 9; Vladimir Vinogradov: "Ljuboj bankir – očen' odinokij čelovek". Prezident Inkombanka predrekaet krach mnogich russkich bankov iz pervoj dvadcatki, esli ne udastsja preodolet' finansovyj krizis, in: Nezavisimaja gazeta, 25.12.1997, S. 1, 4; E. Gosteva: Kreditovanie kak sposob samosochranenija. Bank MENATEP izbran rol' provodnika zapadnych kreditov v rossijskuju promyšlennost', in: Segodnja, 29.1.1998, S. 5; Bankovskij butik. Pryžok k gipermonopolistskomu kapitalu po obrazcu južnokorejskogo ne sulit Rossii chorošich perspektiv, in: Ėkspert, 1998, Nr. 8, S. 27-30; Podpitka dlja regionov. Den'gi idut v real'nye sektory ėkonomiki, in: Rossijskaja gazeta, 14.4.1998, S. 3; Rossijskie banki: roždenie imperij. Čast' I. Skvoz' tolšču l'da, in: Ėkspert, 1998, Nr. 11, S. 20-24; Inkombank prirastaet regionami, in: Rossijskaja gazeta, 25.4.1998, S. 7.

Kapitalgruppen im politischen Kräftefeld 1996-1998

Aus der Entstehungsgeschichte der russischen Kapitalgruppen wird verständlich, warum Unternehmensvertreter in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion politisch nicht in Erscheinung traten. Denn die Bildung von Finanz-Industrie-Gruppen begann ernsthaft erst 1994, und der russischen Bankensektors expandierte zwar in der Zeit der Hyperinflation 1992-1994/95 rasch, doch erst gegen Ende dieser Phase wendeten sich einzelne Institute tentativ dem eigentlichen Bankgeschäft zu. 1995/96 waren die neu entstehenden Konzerne und Finanzgruppen dann soweit erstarkt, daß sie wirtschaftlich und politisch zu einem relevanten Faktor wurden.

In den Anfangsjahren der Transformation verfügten die im Entstehen begriffenen Banken und Unternehmen noch nicht über wirkliches Gewicht. In dieser Phase bestanden vielfach aus der sowjetischen Zeit überkommene Organisationsformen fort. Das Personal der Wirtschaftsleitung klammerte sich an die Vergangenheit und kämpfte um das Überleben der hergebrachten Strukturen – der Produktionsvereinigung oder des Branchenministeriums –, die sich aber im Wirbel der Transformationskrise in der Regel bald auflösten. Nur wenigen sowjetischen Einrichtungen gelang der Übergang in die neue Zeit wie z.B. dem Erdgasministerium, das sich erfolgreich in den Erdgaskonzern *Gazprom* verwandelte. In der Übergangszeit spielten Industrieverbände eine gewisse Rolle, die häufig aus sowjetischen Branchenbürokratien hervorgegangen waren und die Interessen einzelner Wirtschaftszweige vertraten. Doch ging ihre Bedeutung nach 1994 angesichts des Aufstiegs der Finanzgruppen bald zurück.

Diese Entwicklung macht verständlich, warum Unternehmer und Bankiers in der Öffentlichkeit erst spät als politische Akteure perzipiert wurden. Denn erst mit der Herausbildung und der Konsolidierung integrierter Finanz- und Industriestrukturen gewannen sie gegenüber der Politik, von der sie vorher profitiert hatten, größere Selbständigkeit und konnten ihrerseits auf sie Einfluß nehmen. Doch nur wenige der großen Holdings, kaum eine der ca. 80 offiziell registrierten Finanz-Industrie-Gruppen und lediglich ein kleiner Teil den 2.500 Banken verfügen gegenwärtig (1998) tatsächlich über so viel Einfluß, daß sie auf der Föderationsebene auf Politik einwirken können. Gewiß sind in den Jahren der Transformation – teilweise auf dem Fundament sowjetischer Betriebsstrukturen – Unternehmenskonglomerate entstanden, die auch nach internationalem Maßstab als groß bezeichnet werden können. In Ratings der weltweit größten Unternehmen erscheinen Ende der neunziger Jahre auch russische Gesellschaften. Dabei handelt es sich in erster Linie um Konzerne im Erdöl- und Erdgassektor,[41] aber auch die großen Energieproduzenten[42] und Firmen aus dem Telekommunikationsbereich[43] werden genannt. Diese Branchen dominieren auch in anderen Rankings, dagegen ist die verarbeitende Industrie 1997 und 1998 von einzelnen Ausnahmen (*Uralmaš, Vympelkom*) abge-

---

[41] Gazprom, JuKOS, LUKojl, NK Surgutneftegaz, Sibneft', Sidanko, Slavneft', Surgutneftegaz, Tatneft', Vostočnaja neftjanaja kompanija.

[42] EĖS Rossii, Mosėnergo.

[43] Moskovskaja gorodskaja telefonnaja set', Rostelekom.

sehen gar nicht vertreten.[44] Neben den Großunternehmen im Energiesektor und im Kommunikationsbereich spielen Banken eine erheblich Rolle. Unter den zehn Kreditinstituten, die im Oktober 1997 die Liste der größten russischen Banken anführen, befanden sich acht private Geschäftsbanken,[45] die in der Größe zwar hinter dem Giganten *Sberbank*[46] zurückbleiben, der sich – wie die *Vneštorgbank* – noch in staatlicher Hand befindet, die aber eine ganz beträchtliche Aktivität entwickeln.[47]

Es sind Repräsentanten solcher Großunternehmen, die in den letzten Jahren sichtbar im Kräftefeld der Politik agieren und die mit politischen Initiativen im Umfeld von Präsident und Regierung hervortreten.[48] Bereits Ende 1992 trat eine "Politische Unternehmerinitiative-92" auf, der auch einige der Geschäftsleute angehörten, die 1997/98 zum Kreis der sogenannten "Oligarchen" gerechnet wurden.[49] Zu diesem Zeitpunkt verfügten sie allerdings kaum über genügend Geld und Macht, um tatsächlich auf Politik Einfluß zu nehmen. Im Frühjahr 1995 stellte sich die Situation schon etwas anders dar, als fünf Banken und drei Konzerne gemeinsam über 40% der Anteile des wichtigsten russischen Fernsehkanals *ORT* erwarben und sich damit die Möglichkeit verschafften, direkt auf die öffentliche Meinung Einfluß zu nehmen. Nach Meinung eines der Beteiligen, Oleg Bojko, stellten diese "Großen Acht", die höchste Liga des russischen Geschäftslebens dar. Die Gruppe *Most*, die über einen eigenen Fernsehsender *NTV*

---

44 Vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 34ff. , Tabelle 4: Nennungen von russischen Großunternehmen in verschiedenen Ratings 1997/98 (in alphabetischer Reihenfolge).

45 Nacional'nyj rezervnyj bank, ONĖKSIMbank, SBS-Agro, Inkombank, Meždunarodnyj promyšlennyj bank, Avtobank, Tokobank, Meždunarodnaja finansovaja kompanija (MFK).

46 Zur Sberbank vgl. W. Tompson: Russia's 'Ministry of Cash': Sberbank in Transition, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10.1998, Nr. 2, S. 133-155.

47 Zum Ranking der Banken vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 41ff. , Tabelle 6: Die 200 größten russischen Banken, Oktober 1997; im internationalen Vergleich sind die russischen Banken allerdings kaum konkurrenzfähig; nach russischen Angaben verfügen die 200 größten Banken im Oktober 1997 gemeinsam über Aktiva in der Höhe von 100 Mrd. $; doch jede einzelne der 20 weltweit größten Banken hat allein mehr Kapital als die 200 größten russischen Banken; vgl. A. Sarkisov: Meždunarodnye rejtingi bankov. Po razmeru kapitala i veličine akkumulirovannych aktivnov naši kreditnye organizacii zanimajut očent' skromnye poziciii, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 1998, Nr. 8, S. 11; durch die Finanzkrise und die damit verbundene Rubelabwertung ist der Wert der Aktiva der russischen Banken im übrigen dramatisch gesunken, so daß sie derzeit international nicht wettbewerbsfähig sind.

48 Vgl. dazu Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 52ff. , Tabelle 12.

49 "Predprinimatel'skaja političeskaja initiativa-92"; vgl. die Darstellung in: Fond "Politika": Reestr Oligarchov, 1998 (= http://www.cityline.ru/politika/raznoe/oligarhi.html, Download 02. JUL 98), S. 2; in diesem Zusammenhang wurden u.a. Bendukidze, Vinogradov, Gusinskij und Chodokorskij genannt; die Initiative rief zum Kompromiß zwischen Präsident und Obersten Sowjet auf, konnte den Gang der Ereignisse aber nicht wesentlich beeinflussen.

verfügte, zählte er übrigens nicht dazu und sagte ihr – fälschlicherweise – ein baldiges Ende voraus.[50]

1996/1997 stabilisierte sich dann der Kreis der Unternehmer und Bankiers, die engen Kontakt zur "Macht" pflegten und in politische Geschehnisse aktiv eingriffen. Ein wichtiger Schritt war Anfang 1996 die Formierung einer Allianz von Geschäftsleuten, die sich offensiv für die Wiederwahl Jelzins einsetzte. Die Gruppe fand sich – soweit bekannt – im März 1996 während des internationalen Wirtschaftsforums in Davos zusammen, wo man beschloß, die Wahlkampagne des amtierenden Präsidenten zu finanzieren und die Leitung des Wahlkampfstabs Anatolij Tschubajs anzuvertrauen.[51]

In diese Phase fällt auch eine erste öffentliche Initiative von Wirtschaftskreise: die Erklärung, mit der dreizehn Unternehmern im April 1996 Stellung zur politischen Lage am Vorabend der Präsidentenwahlen nahmen.[52] Die Unterzeichner warnten vor der Spaltung der Gesellschaft im Wahlkampf und riefen dazu auf, einen politischen Kompromiß zu finden:

> In dieser verantwortlichen Stunde schlagen wir, die Unternehmer Rußlands, den Intellektuellen, den Soldaten, den Vertretern der ausführenden und der gesetzgebenden Macht, den Rechtsorganen und den Massenmedien, allen in denen heute die reale Macht konzentriert ist und von denen das Schicksal Rußlands abhängt, vor, alle Anstrengungen auf die Suche nach einen politischen Kompromiß zu vereinen, der scharfe Konflikte verhindern kann, die die Grundinteressen Rußlands, seine Staatlichkeit, bedrohen.[53]

Der staatsmännischen Aufforderung zum politischen Kompromiß folgte allerdings die unmißverständliche Warnung, daß ein Wahlsieg der Kommunisten eine ernste Gefahr für Rußland bedeute. Der Aufruf der Dreizehn war daher im Kern Wahlhilfe für den Kandidaten Jelzin. Und wenigstens ein Teil der Unterzeichner gehörte in dieser Phase zu der Unterstützergruppe des Präsidenten und unterstützte seine Wahlkampagne.

Das politische Auftreten einer Gruppe, deren Mitglieder sich explizit als Unternehmer bezeichneten, die den Anspruch erhoben, für alle russischen Unternehmer zu sprechen, und die sich in dieser Rolle ganz bewußt von Intellektuellen, Staatsbeamten, Parlamentariern und Medienvertretern abgrenzten, wurde als Novum aufgefaßt. Die Redaktion der Zeitung *Segodnja*

---

50 In einem Interview: Iz vsech vidov biznesa važnejšim dlja nas javljajutsja finansy, in: Kommersant Daily, 14.9.1995, S. 6; bei den "Großen Acht" handelte es sich um die Banken, MENATEP, Stoličnyj bank sbereženij, Al'fa-bank, Nacional'nyj kredit, und Imperial sowie die Konzerne LogoVAZ, Gazprom und Mikrodin; jedes der Unternehmen sollte 5% der Aktien von ORT übenehmen, LogoVAZ 8%; die Bank Imperial ging allerdings am Ende leer aus; vgl. Fond "Politika": Reestr Oligarchov 1998, S. 2f.

51 Ebd., S. 3; vgl. auch C. Freeland; J. Thornhill; A. Gowers: Moscow's Group of Seven, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15; A. Bagrov: Bankiry za kremlevskoj stenoj, in: Kommersant Daily, 16.9.1997, S. 1, merkt im September 1997 an, das letztemal habe ein Treffen zwischen Präsident und Bankiers im Februar/ März 1996 stattgefunden, als El'cin seinen Wahlkampfstab bildete.

52 Vgl. Rukovoditeli veduščich finansovo-promyšlennych grupp trebujut stabilnosti, in: Segodnja, 27.4.1996, S. 1; Predprinimateli trebujut ot politikov vzaimnych ustupok v protivnom slučae oni proročat graždanskuju vojnu i raspad Rossi, in: Nezavisimaja gazeta, 27.4.1996, S. 1; zur Zusammensetzung der Gruppe vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 52ff. , Tabelle 12.

53 Segodnja, 27.4.1996, S. 1.

leitete die Publikation der Erklärung mit der Bemerkung ein, damit sei "faktisch offiziell die Dritte Kraft geboren", auf die Rußland so lange gewartet habe.[54] Zu den Unterzeichnern gehörten neben den "Kapitänen" der größten Finanzgruppen auch die Vertreter von Mineralöl- und Rüstungsfirmen. Allerdings stachen die Bankenvertreter in den Augen der Medien besonders hervor. In dieser Phase ging der Begriff *semibankirščina* in die Umgangssprache ein – frei übersetzt die "Die Herrschaft der Sieben Bankbarone". Der Politiker und Finanzmagnat Berezovskij brachte die Siebenergruppe in einem Interview mit der *Financial Times* ins Spiel. Zu den "Großen Sieben" rechnete er sich selbst (*LogoVAZ*), V.O. Potanin (*ONĖKSIMbank*), V.A. Gusinskij (*Most*-Gruppe, *Media Most*), M.B. Chodorkovskij (*MENATEP*, *JuKOS-Rosprom*), A.P. Smolenskij (*SBS-Agro*) sowie M.M. Fridman und P.O. Aven (*Al'fa*-Gruppe).[55] Andere Interpreten ersetzten mitunter Aven durch V.V. Vinogradov (*Inkombank*).[56]

Der nächste spektakuläre politiknahe Auftritt von Unternehmensvertretern fand im Februar 1997 statt, als Verteidigungsminister Rodionov eine Reihe von Wirtschaftsführern zu einem offiziellen Abendessen einlud.[57] Die Initiative ging offenbar von Rodionov aus, der in dieser Phase eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieb, um die Gesellschaft auf die Probleme in den Streitkräften aufmerksam zu machen. Der Verteidigungsminister suchte in diesem Kontext Kontakt zu Unternehmern, die er offenbar für eine Gruppe mit politischem Einfluß hielt, und um deren Unterstützung er warb. Zu den Gästen zählten vier der "Sieben Bankbarone – Berezovskij, Fridman und Gusinskij waren nicht anwesend, Potanin entsandte immerhin einen hochrangigen Vertreter –, darüber hinaus kamen die Vorsitzenden einer Reihe weiterer Finanzinstitute, der Präsident des großen staatlichen Energiekonzerns *EĖS Rossii* und der Generaldirektor der Militärischen Versicherungsgesellschaft.

Hatte Rodionov in der Suche nach Unterstützung in der Finanzwelt einen recht großen Kreis von Wirtschaftsführern zu sich gebeten, war die Gruppe, mit der Präsident Jelzin den Dialog suchte, vergleichsweise klein. Bei zwei Gelegenheiten – im September 1997 anläßlich des "Bankenkrieges" und im Juni 1998 im Kontext der schweren Finanzkrise – lud der Präsident die wichtigsten Wirtschaftsmagnaten zu einem Gespräch ein. Im ersten Fall waren das die sechs führenden Bankiers,[58] die 1996 gemeinsam die Wiederwahl Jelzins betrieben hatten. 1997 führten Unstimmigkeiten über die Modalitäten bei der Privatisierung bestimmter, perspektivreicher Großbetriebe zu heftigen Auseinandersetzung zwischen einzelnen Bankengruppen, dem sogenannten "Bankenkrieg". Diesen Konflikt, der sich negativ auf die Gesamtwirtschaft auszuwirken drohte, wollte der Präsident persönlich schlichten. Neun Monate später, im Juni 1998 ging es darum, die Unterstützung des großen Kapitals für die

---

54 Segodnja, 27.4.1996, S. 1.

55 Freeland; Thornhill; Gowers, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15.

56 Vgl. etwa Credit Risk in Russian Financial-Industrial Groups, in: Standart & Poor's Credit Week, 24.6.1998, S. 9-15, hier S. 11.

57 Otdel politiki: Rodionov bankuet. Ėlita rossijskogo biznesa posetila ministra oborony, in: Kommersant Daily, 28.2.1997, S. 1-2.

58 Vgl. Bagrov, in: Kommersant Daily, 16.9.1997, S. 1; S. Čugaev: Prezident pytaetsja ostanovit' "voiny bankov", in: Izvestija, 16.9.1997, S. 1.

Wirtschaftspolitik der Regierung Kirienko einzuwerben. An diesem Treffen im Juni 1998 nahmen sechs Bankiers und vier Vertreter des Energiesektors teil. Eines der sichtbaren Ergebnisse des Gesprächs war eine "Erklärung der Vertreter des russischen Geschäftslebens", die um Vertrauen für die Regierungspolitik warb.[59] Zwei Wochen später traf sich derselbe Kreis von Wirtschaftskapitänen mit dem Regierungschef und dem Leiter der Präsidialadministration, zu dem diesmal auch Berezovskij zugezogen wurde.[60]

In den Zusammenkünften der Jahre 1997 und 1998 schält sich so ein Kreis von Wirtschaftsführern heraus, die mit Präsident und Regierung in engem Kontakt stehen und zu Konsultationen herangezogen werden. Zu dieser Gruppe gehört der Vorsitzende des Russischen Energiekonzerns *EĖS Rossii*, der Präsident von *Gazprom*, die Vorstände der Mineralölfirmen *LUKojl* und *NK Surgutneftegaz*, sowie die Gründer und Leiter der führenden Finanz- und Industriekonglomerate *ONĖKSIMbank/Interros*, *Most*-Gruppe, *JuKOS-Rosprom*/*MENATEP*, *SBS-Agro*, *Al'fa*-Gruppe und *Rossijskij kredit*. Schließlich gehört auch Berezovskij diesem Kreis an. Damit ist grob jener Kreis von Finanzmagnaten und Wirtschaftskapitänen umrissen, die auf Ebene der Föderation politischen Einfluß ausüben und daher auch in den Ratings der *Nezavisimaja gazeta* zu den "100 führenden Politikern" Rußlands gezählt werden.[61] Es ist symptomatisch für den Zustand der russischen Volkswirtschaft, daß dieser Führungszirkel allein aus Vertretern des Energiesektors und des Bankenbereichs besteht. Andere Wirtschaftsbranchen haben bisher kein eigenständiges Gewicht gewinnen können. Es ist eine Anmerkung wert, daß die größte Bank Rußlands – die *Sberbank* – in diesem Kontext keine Rolle spielt. Bis heute wird ihre Tätigkeit völlig von der Regierung und der Zentralbank bestimmt. Die *Sberbank*, die 40% aller russischen Bankeinlagen und 76,9% der Rubelspareinlagen aller Privathaushalte hält, agiert gewissermaßen als *pocket bank* der Russischen Föderation. Für die Regierung, die sie über die Zentralbank dirigiert, ist sie vor allem eine Quelle für billiger Kredite und ein Instrument, um auf den Staatsanleihenmarktes einzuwirken, da sie gemeinsam mit der Zentralbank über 70% der dort untergebrachten Anlagen kontrolliert.[62] Die *Sberbank* und die anderen großen Kreditinstitute, die sich – wie z.B. die Vneštorgbank – noch in Staatsbesitz befinden, verfügen also zwar über erhebliche Mittel, doch haben sie bisher kein eigenes politische Profil entwickelt.

Es sind also vor allem Vertreter aus dem Energiesektor und dem privaten Bankenbereich, die zu dem Zirkel gehören, der sich seit 1996 im Umfeld des Präsidenten etabliert hat. Die Einladungen zum Staatsoberhaupt verliehen den Wirtschaftsrepräsentaten in den Augen der russischen Öffentlichkeit einen besonderen Status. So schrieb die Zeitung *Kommersant-Daily* an-

---

59 A. Bagrov: Ždali štrafnoj, polučili svobodnyj, in: Kommersant Daily, 3.6.1998, S. 1.; vgl. Obraščenie predstavitelej rossijskogo biznesa, in: Nezavisimaja gazeta, 6.6.1998, S. 3; sowie: http://www.cityline.ru/politika/raznoe/ob980605.html (Download 2.7.1998); vgl. auch: The Jamestown Foundation Monitor, June 8, 1998.

60 Nach: I. Plaksin; A. Bulgakova: Čego bojatsja oligarchi, in: Kommersant Daily, 17.6.1998, S. 1.

61 Unternehmer, die im März 1998 zu den 100 wichtigsten russischen Politikern gerechnet wurden; vgl. Kinsburskij; Koškareva, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 8.4.1998, S. 11.

62 Vgl. Tompson, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10.1998, Nr. 2, S. 133f., 143f.

läßlich des Treffens mit Jelzin am 2.6.1998: "Mit anderen Worten, die russischen Oligarchen sind vom Kreml offiziell als politische Kraft anerkannt worden."[63]

Die Konzentration auf die Person des Staatsoberhaupts und seine nächste Umgebung darf allerdings nicht dazu verleiten, jene Kräfte zu übersehen, die sich in den Regionen formieren, wo es häufig zwischen regionaler Administration und örtlicher Wirtschaft zu einer ähnlich engen Zusammenarbeit kommt wie auf föderaler Ebene. Die Stadt Moskau, in der sich konzentriert Wirtschafts- und Finanzgruppen angesiedelt haben, nimmt dabei eine besondere Position ein. Ihr Bürgermeister Lužkov, der Ambitionen auf das Präsidentenamt hat, unternimmt große Anstrengungen, um im Umfeld der Stadtverwaltung eine Finanzgruppe zu schaffen, die seiner Politik den notwendigen Rückhalt verleiht. Zur Konsultation durch Präsidenten und Regierung werden Repräsentanten dieser Gruppe naturgemäß nicht herangezogen, dennoch darf man sie nicht außer acht lassen, wenn man nach Wirtschaftskreisen sucht, die auf föderaler Ebene auf Politik einwirken.

Es ist aber vor allem die Gruppe, die sich seit 1996 im Umfeld des Präsidenten etabliert hat, der die russischen Medien entscheidenden politischen Einfluß zumessen, und deren Angehörige mit dem Begriff "Oligarchen" bezeichnet werden. Um eine bessere Vorstellung von der Rolle dieser politisch relevanten Kapitalgruppen zu erhalten – der affektiv aufgeladenen Begriff "Oligarchen" soll von nun an vermieden werden –, soll im folgenden diskutiert werden, mit welchen Zielen und in welcher Weise sie auf politische Vorgänge einwirken. In einem zweiten Schritt wäre dann zu fragen, wieweit das politische und gesellschaftliche System Rußlands durch Kapitalgruppen bestimmt ist.

Politische Einwirkungsmöglichkeiten der Kapitalgruppen

Unterschiedliche Strukturen, divergierende Interessen

Setzt man sich näher mit den Kapitalgruppen auseinander, so wird rasch deutlich, daß sie in Struktur und Interessenlage keineswegs homogen sind.[64] Die "Moskauer Gruppe" z.B. stellt vor allem einen straff geführten, politisch energisch unterstützten, regionalen Wirtschaftskonzern dar, der gegenwärtig vor allem dem Ziel dient, Bürgermeister Lužkov eine Basis für die Präsidentenwahlen im Jahr 2000 zu verschaffen. Die Konsolidierung der Gruppe und ihre zielstrebige Ausweitung in den Medien- und in den Telekommunikationsbereich wird ihr allerdings mittelfristig eine feste Position im russischen Wirtschaftsleben verschaffen. Anders scheint es sich mit *LogoVAZ* zu verhalten, einer Unternehmensgruppe, die kein klares Geschäftsprofil hat. Die Zusammenarbeit mit dem Kraftfahrzeughersteller AvtoVAZ scheint derzeit wenig profitabel zu sein, strategische Interessen in anderen Wirtschaftsbereichen sind nicht erkennbar. Allerdings nimmt *LogoVAZ* über die *Ob-edinennyj Bank*, über strategisch

---

[63] Vgl. A. Bagrov: Ždali štrafnoj, polučili svobodnyj, in: Kommersant Daily, 3.6.1998, S. 1.

[64] Die im Text folgenden Überlegungen basieren auf einer Analyse von Struktur und Wirtschaftskraft der relevanten Kapitalgruppen, die in der ergänzenden Sonderveröffentlichung publiziert wird; vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), S. 5ff.

plazierte Verbindungspersonen in "befreundeten" Firmen, über die von ihr kontrollierten Medien und nicht zuletzt über Berezovskij selbst auf zahlreiche Unternehmen und auf politische Prozesse Einfluß. Ob *LogoVAZ* sich auf mittlere Sicht als Konzern konsolidieren und im innerrussischen Wettbewerb behaupten kann, ist nicht sicher vorauszusagen, seine Position ist allzusehr von politischen Konjunkturen abhängig.

Demgegenüber ist die Fortexistenz der Kapitalgruppe um *Gazprom* verhältnismäßig sicher, so lange die Politik das Erdgasmonopol, auf dem die Stellung des Konzerns basiert, nicht zerschlägt. Die Wahrung der Sonderposition auf diesem Markt, die Sicherung der Exportinteressen, Geschäftsinteressen in der GUS und die Absicht, in andere Wirtschaftssektoren (Maschinenbau) zu expandieren, bestimmen das politische Verhalten des Konzerns. Weniger privilegiert ist die Stellung von *LUKojl*. Als Mineralölunternehmen mit Geschäftsinteressen in Rußland und der GUS und mit guten Verbindungen zu westlichen Ölgesellschaften steht es zunächst in Konkurrenz zu anderen russischen Mineralölfirmen. Es ist absehbar, daß sich nur ein Teil der jetzt bestehenden russischen Konzerne in diesem Markt werden behaupten können, es wird in den nächsten Jahren zu Fusionen und zu Übernahmen kommen. *LUKojl* setzt alles daran, seine Position zu behaupten. Dieses Ziel bestimmt seine Unternehmensstrategie. Der Energiekonzern *EĖS Rossii* wiederum befindet sich in einer etwas anderen Situation. Als Monopolist auf dem russischen Energiemarkt besitzt *EĖS Rossii* gewiß große Bedeutung, doch seine beklagenswerte finanzielle Situation macht ihn auch von politischen Entscheidungen im Zentrum und den Regionen abhängig. Die angestrebte Reform des Energiemarktes wird die Rolle von *EĖS Rossii* verändern, möglicherweise werden einzelne regionale Verwaltungen erheblich an Einfluß gewinnen. Das politische Gewicht, das er im Frühsommer 1998 zu gewinnen schien, verdankt der Konzern allein der Person seines damaligen Vorsitzenden Tschubajs, der seine Stellung nutzt, um die von ihm eingeleitete wirtschaftspolitische Entwicklung weiter voranzutreiben.

Die Situation der großen Kapitalgruppen, die sich seit Anfang der neunziger Jahre um Banken herum entwickelt haben stellt sich etwas anders dar. Hier geht es um Ausbau und Konsolidierung von Finanz- und Industrieimperien, um Besetzung von Marktsegmenten. Die *ONĖKSIMbank* und *JuKOS-ROSPROM-MENATEP* haben im Rahmen von Bankgeschäften und Pfandauktionen zahlreiche Industriebetriebe u.a. im Mineralöl-, Buntmetall- und Hochtechnologiebereich erworben, die bei einer Stabilisierung der Wirtschaftslage, einer sachgemäßem staatlichen Industriepolitik, einem professionellen Management durch die Kapitalgruppe selbst und der Heranziehung ausländischer Investitionen mittelfristig wenigstens z.T. zu profitablen Unternehmen werden könnten. Die Absicht, eine Position im internationalen Bankgeschäft zu besetzen und parallel dazu das Industrieimperium im eigenen Lande zu konsolidieren, diktiert das Verhalten dieser Kapitalgruppen. Die *Al'fa-Gruppe* scheint weniger aggressiv, doch systematischer vorzugehen. Mit einer soliden Basis in verbrauchernahen Märkten und einem leistungsfähigen Management setzt sie offenbar auf allmählichen Ausbau ihrer Position. Die Gruppe um *SBS-Agro* setzt ihrerseits vor allem auf Ausbau des Bankgeschäfts, mit einem möglichen Schwerpunkt bei der Arbeit mit Privatkunden und im Agrarsektor. Die Konkurrenz zur *Sberbank*, die Absicht, als Bank auch eine Position im internationalen Rahmen zu gewinnen, bestimmt ihr Verhalten im politischen Raum. Die *Most-Gruppe* schließlich versucht sich

als nationaler Medien- und Telekommunikationskonzern zu etablieren. Dies ist ihr bis zu einem gewissen Grade gelungen, doch ist der Erfolg von politischen Konjunkturen abhängig und sie steht in Konkurrenz zu anderen Kapitalgruppen, die hier auch einen vielversprechenden Markt sehen. Für alle Kapitalgruppen veränderte sich allerdings die Situation im Sommer 1998 dramatisch. Da – außer vielleicht *Gazprom* – keine von ihnen über nennenswerte Kapitalreserven verfügte, die Mehrzahl von ihnen die Geschäfte aus dem *cash flow* heraus finanzierten, viele auch Kredite im Ausland aufgenommen hatten, gerieten sie durch Finanzkrise und Rubelabwertung in akute Schwierigkeiten.

Angesichts unterschiedlicher Unternehmensstrukturen und divergierender Geschäftsinteressen wird es schwer, die russischen Kapitalgruppen als Einheit zu betrachten. Allerdings haben sie alle ein starkes Interesse an der Wahrung des sozialen und politischen *status quo*. Eine Neuverteilung der Besitzstände oder eine Revision der Privatisierungsentscheidungen der neunziger Jahre kann für sie nur Nachteile bringen. Auf dieser Einsicht basierte wohl auch die Bereitschaft, Jelzin im Rahmen einer Allianz der Kapitalgruppen bei den Wahlen von 1996 zu unterstützen. Und diese Überlegungen wird auch eine Rolle spielen, wenn es im Jahr 2000 um die Unterstützung von Bewerbern für das Präsidentenamt geht. Allerdings hat der Wettbewerb zwischen den Kapitalgruppen 1997 und 1998 erheblich an Schärfe zugenommen, insbesondere auf vielversprechenden Märkten wie z.B. Telekommunikation. Da die russischen Gruppierungen aber im internationalen Vergleich recht kapitalschwach sind, ist gleichzeitig der Zwang zur Allianzenbildung gestiegen. Es zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der zwei oder drei Finanzkonglomerate wenigstens punktuell zusammengehen, zunächst um die gegenwärtige Krise zu überstehen, dann aber auch um profitable Marktsegmente zu besetzen und konkurrierende Unternehmensgruppen zu verdrängen. Auch im politischen Bereich ist eine solche Spaltung innerhalb der Kapitalgruppen denkbar. Es ist keineswegs sicher, daß sie im Jahre 2000 wieder gemeinsam einen einzigen Kandidaten unterstützen werden.

Zum Selbstverständnis der russischen 'Tycoons': Unternehmer als Politiker?

Zweifellos spielen die russischen Kapitalgruppen auch eine politische Rolle. Ihre Erfahrungen, ihr wirtschaftliches Gewicht und die Dimension ihrer Geschäfte lassen ihnen kaum eine andere Wahl. Andererseits verfolgen sie auch und vor allem kommerzielle Interessen, es geht um Investitionen, Umsatz und Erlöse, um erfolgreiches Management, um Ausbau und Organisation von Unternehmen. Politische und Geschäftsinteressen vermengen sich also. Das politische Element hat unter den Bedingungen der Markttransformation im Rußland der ersten Hälfte der neunziger Jahre vielleicht noch eine größere Rolle gespielt als allgemein üblich, da die Banken und Finanzgruppen vor allem durch Zusammenarbeit mit dem Staat, durch Verwaltung von Budgetgeldern und billige Übernahme früher staatlicher Betriebe ihre jetzige Größe erreicht haben. Insofern stellen die russischen Wirtschaftskapitäne einen besonderen Typ des "politischen Unternehmers" dar, der möglicherweise ein spezifisches Merkmal der Transformation in Rußland ist. Allerdings ist der Grad der Politisierung der Kapitalgruppen nicht einheitlich. *SBS-Agro* oder *Al'fa-Gruppa* agieren in der Spannung zwischen Markt und Macht durchaus anders als z.B. *LogoVAZ* oder die "Moskauer Gruppe".

Die Führungspersonen der großen Kapitalgruppen selbst, die in der russischen Öffentlichkeit – immer wieder als "Oligarchen" bezeichnet werden – zumal seit Boris Nemzov begonnen hat, gegen sie aufzutreten –, sehen ihre eigene Rolle differenziert. Vladimir Potanin, der an der Spitze von *Interros* und *ONĖKSIMbank* steht, reagierte auf die Frage der italienischen Zeitung *La Stampa*, ob es in Rußland "Oligarchen" gäbe, mit einem Verweis auf russische und sowjetische Geschichte:

> Wenn man unter einem Oligarchen eine bedeutenden Geschäftsmann versteht, der in Wirtschaft und Politik großen Einfluß ausübt, dann ist die Antwort positiv: ja es gibt Oligarchen. In Rußland gab es historisch eine sehr hohe Konzentration des Kapitals, selbst vor der Revolution gab es in Rußland nur wenige reiche Leute. In der Zeit der Sowjetperiode wurden zahlreiche Giganten aller Art geschaffen, natürliche und künstliche Monopolisten. Es versteht sich von selbst, daß diese monopolistischen Tendenzen heute mit dem Beginn des Übergangs zu Marktbeziehungen fortbestehen. Daher rührt die Lage, daß 10-15 sehr große Geschäftsleute die Erzeugung von mehr als der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts sichern.[65]

Aus dieser Äußerung spricht sowohl das großes Selbstbewußtsein Potanins, der sich über den Einfluß, den seine Unternehmensgruppe ausübt, durchaus im klaren ist –, als auch sein kritisches Verständnis von der besonderen russischen Situation, in der einige Finanz- und Industriegiganten dominieren, das klein- und mittelständische Element aber traditionell unterentwickelt ist. Doch obwohl oder gerade weil er sich seiner Macht bewußt ist, plädierte der Chef von *Interros*, der zeitweise – vom 14. August 1996 bis zum März 1997 – als Erster Stellvertretender Ministerpräsident Mitglied der Regierung war, jedoch für mehr Transparenz im Verhältnis von Geschäft und Politik: "…das Business soll die Macht nicht ersetzen."[66] In diesem Punkt setzte er sich explizit von Berezovskij ab, dem er unterstellte, er wolle auf die politische Führung von außen Einfluß nehmen. Ohnehin hielt er dessen Perzeption von der Macht der "Oligarchen" für überzogen und die Aussagen in dem bekannten Financial Times-Interview[67] für Wunschdenken: "Mir scheint, er gab das Gewünschte für Wirklichkeit aus. Der Grad des Einflusses der Oligarchen auf die Macht verringert sich schrittweise."[68]

Potanin seinerseits befürwortete eine Trennung von Politik und Geschäft ("Macht ist Macht und Geschäft ist Geschäft"), wobei er aber von der Politik Unterstützung der heimischen Unternehmer erwartete.[69]

Dies war zweifellos ein Punkt, in dem ihm andere Wirtschaftsführer beipflichteten. Auch Berezovskij forderte, daß Staat und Staatsapparat – die "Machtstrukturen" – die russische Geschäftswelt nach innen und außen verteidigen. Doch der Vorsitzende von *LogoVAZ* ging weiter. Seines Erachtens konnte es ohne die Verbindung von Kapital und Machtstrukturen in Rußland keine normale Zukunftsentwicklung geben.[70] Insofern war es wohl für ihn auch normal, politische Posten anzustreben und zu übernehmen wie den eines Stellvertretenden Sekre-

---

65 "...Vplot' do prichoda diktatury", in: Moskovskie novosti, 1998, Nr. 26, S. 8; Interview mit Potanin.

66 Ebd.

67 Freeland; Thornhill; Gowers, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15.

68 Moskovskie novosti, 1998, Nr. 26, S. 8.

69 Ebd.

70 Boris Berezovskij: "Silovye struktury dolžny zaščiščat' biznes", in: Argumenty i fakty, 6.5.1997, S. 3.

tärs des russischen Sicherheitsrates (Oktober 1996 bis November 1997) oder den eines Exekutivkomitees der GUS (seit April 1994). Auch seine öffentlichen Äußerungen befassen sich eher mit politischen Fragen als mit wirtschaftlichen.[71] Insofern ist es nicht verwunderlich, daß ihn seine Kollegen eher als Politiker sehen denn als Banker oder Unternehmer.[72]

Smolenskij, der SBS-Agro vorsteht, oder Chodorkovskij, der Kopf von *JuKOS-Rosprom-MENATEP*, sehen die Verbindung von Geschäft und Staatsmacht mit sehr viel mehr Reserve. Smolenskij, der 1981 in der Sowjetzeit wegen Diebstahl von Staatseigentum bzw. privater Unternehmertätigkeit zu zwei Jahren Haft verurteilt worden war, erklärte 1995, daß, am Kommerz und Politik nicht auf einen Nenner bringen könne, und daß eine politisierte Wirtschaft ein typisch sowjetische Phänomen sei.[73] Allerdings suchte er ebenso wie seine Kollegen den Dialog mit der Regierung und erwartete Rücksichtnahme auf die Unternehmer als Steuerzahler. Smolenskij zog eine deutliche Linie – er wolle keinesfalls den Staat leiten, auch nicht die Regierung privatisieren, aber er wollte "als Steuerzahler" gehört werden.[74] Chodorkovskij[75] argumentierte ganz ähnlich. Er leugnete nicht, daß er auf Politik Einfluß nimmt, doch er macht deutlich, daß er nicht die Absicht hat, selbst Politik zu "machen" – das sei Sache der Berufspolitiker. Im Juni 1998 faßte er seine Position so zusammen: "Wenn sie meine Geschichte verfolgen, dann sehen Sie, daß wir immer nahe an der Politik waren, aber uns keine politischen Ziele gesetzt haben."[76]

> Bankiers und Unternehmer wie Potanin, Smolenskij und Chodorkovskij, die ihren Aufstieg in den frühen neunziger Jahren auch der Nähe zum Präsidenten und zur Regierung verdankten, begriffen sich 1997 und 1998 immer stärker als Wirtschaftsmanager, die vom Staat Unterstützung ihrer Wirtschaftsinteressen erwarteten. Hier zeichnet sich eine Zeitenwende ab, in der der Typ des politischen Unternehmers nach und nach durch einen anderen, eher konventionellen Managertyp abgelöst wurde. Prochorov, der Vorsitzende der *ONĖKSIMbank* und ein Weggefährte Potanins, brachte das in einem Interview im Juni 1998 auf den Begriff:

---

71 Vgl. z.B. sein Interview in der Nezavisimaja Gazeta: Boris Berezovskij: Čubajs segodnja chuže, čem včera, no lučše, čem zavtra, in: Nezavisimaja gazeta, 13.3.1998, S. 1, 9, hier S. 9; bzw. sein Interview in der Fernsehsendung "Itogi" am 22.3.1998; Text hier nach: http://www.nns.ru/chronicle/article/beres0322.html vom 24.03.1998, 24. MÄRZ 1998 (Download Datum).

72 Vgl. z.B. das Interview mit Michail Chodorkovskij: Michail Chodorkovskij: nam neinteresno rabotat' vne krizisa, in: Kommersant Daily, 10.6.1998, S. 1, 5, hier S. 5.

73 Zdravyj smysl i nikakoj "vos'merki", in: Moskovskie novosti, 1995, Nr. 19, S. 4.

74 Aleksandr Smolenskij: "Banmkiry s vlast'ju ne vojujut". Prezident banka "SBS-Agro" dal interv'ju gazete "Segodnja", in: Segodnja, 20.9.1997, S. 1-2.

75 Michail Chodorkovskij: "Samoe pribyl'noe delo – ėto politika". Prezident kompanii ROSPROM-JuKOS i byvšij glava banka MENATEP sčitaet, čto pered licom obščej ugrozy krupnye bankiry smogut bystro ob-edinit'sja, in: Nezavisimaja gazeta, 8.4.1997, S. 4.

76 Vgl.: Kommersant Daily, 10.6.1998, S. 5.

> Es gab eine erste Entwicklungsetappe des Bankensystems, als die politischen Bankiers die Lokomotive dieser Entwicklung waren. Das sind Gusinskij, Potanin, Chodorkovskij und einige andere. Sie taten sehr viel für die Entwicklung selbst, [...] Im Resultat hat sich die Spießermeinung herausgebildet, vor allem wegen der aktiven Rolle der politischen Bankiers, daß die Arbeit einer Bank mit der Lösung politischer Fragen verbunden ist. Heute hat m.E. eine neue Phase begonnen, in der an die Stelle dieser Leute Pragmatiker als Bankiers treten, für die die Bank das eigentliche Geschäft ist, und nicht eine von vielen Formen der Aktivität.[77]

Diese Entwicklung ging Hand in Hand mit der Konsolidierung des Bankensektors, der mit dem Zusammenbruch jener Institute verbunden war, die sich nicht auf die neuen Bedingungen einstellen konnten, und der Reorganisation, die im Frühsommer in der Mehrzahl der Kapitalgruppen in Angriff genommen wurde.[78] In diesen Kontext gehört auch die Äußerung Vinogradovs, des Chefs der *Inkombank*, die 1998 nicht mehr zum Kreis um den Präsidenten zu gehören scheint, daß regionale Verwaltungen und föderale Regierung nichts anderes seien als ganz normale Klienten.[79]

Kapitalgruppen als Gestalter von Politik?

In der Tat verstanden sich die Führer der Kapitalgruppen 1997/98 nicht als Politiker, wie das der verbreitete Mythos von den "Oligarchen" unterstellt, doch sie waren bereit, soweit dies ihre Geschäftsinteressen verlangten, auf die Staatsmacht einzuwirken und sie für ihre Ziele in Dienst zu nehmen. Allerdings bestritten sie gern, daß ihre Einflußmöglichkeiten tatsächlich so groß seien, wie es das Publikum unterstellte. Igor' Malašenko, als Generaldirektor von *NTV-cholding* ein Vertrauter Gusinskij und eine der führenden Persönlichkeiten der *Most-Gruppe*, warnte vor einer Überbewertung des Einflusses der Kapitalgruppen:

> Ich würde die Bedeutung unserer Oligarchie nicht überschätzen. Dieser Mythos ist entstanden und genährt worden, insbesondere, weil er der Eigenliebe einiger Oligarchen geschmeichelt hat. Als Boris Berezovskij z.B. in die Sphäre der öffentlichen Politik eintrat, erlaubte ihm dieser Mythos sehr rasch großes politisches Gewicht zu erlangen.
> […]
> Wir haben demokratische Institute, wir haben augenscheinlich sehr starke Indizien für Autoritarismus und Ochlokratie, es gibt zweifellos auch Anzeichen für Oligarchie. Aber das heutige politische System als Oligarchie zu bezeichnen, das ist einfach unzutreffend. In der Wirtschaft entspricht der Oligarchie ein Markt, der zwischen einigen Hauptspielern aufgeteilt ist, Oligarchie ist eben kraft dessen unversenkbar – sie hat eine unzerstörbare wirtschaftliche Grundlage. In unserem

---

77 Vremja bankirov-pragmatikov, in: Ėkspert, 1998, Nr. 25, S. 37-40.

78 Vgl. dazu auch die Einschätzung des Vorsitzenden der Inkombank, Vinogradov: Vladimir Vinogradov: "Ljuboj bankir – očen' odinokij čelovek". Prezident Inkombanka predrekaet krach mnogich russkich bankov iz pervoj dvadcatki, esli ne udastsja preodolet' finansovyj krizis, in: Nezavisimaja gazeta, 25.12.1997, S. 1, 4; Vinogradov vertrat im Dezember 1997 die Ansicht, daß sich in nächster Zeit Spreu vom Weizen trennen werde, indem wirklich Banken sich konsolidieren und lange Zeit fortbestehen, während die 'Nicht-Banken' sich mittelfristig in Finanzgesellschaften oder politische Gruppierungen verwandeln würden.

79 Vladimir Vinogradov: prezident ne sobiraetsja sdavat' vlast'. Prezident Inkombanka Vladimir Vinogradov dva goda nazad byl odnim iz glavnych učastnikov bankovskoj vojny. Teper' on pedpočitaet mesto v zritel'nom zale, in: Kommersant, 1997, Nr. 34 (240), S. 12.

> Land ist bis heute der Staat das wichtigste Wirtschaftssubjekt, deshalb sind alle Erzählungen über die wunderbare Macht der Oligarchie reiner Unsinn.[80]

Gusinskij selbst vertrat die Ansicht, daß der Mythos von den "Oligarchen" von Nemzov und Tschubajs in die Welt gesetzt worden sein und vor allem politischen Zwecken dient:

> Die Rolle der 'Oligarchen' wird in der Öffentlichkeit und im politischen Leben stark überschätzt. Es waren Tschubajs und vor allem Nemzov, die diesen populistischen Trick mit ganz bestimmten Zielen benutzt haben – zur Stärkung der eigenen Macht. Dabei hat Nemzov 'vergessen', daß einer der 'Oligarchen' in die Regierung eingeladen wurde. Noch während seiner Zeit als Gouverneur hat er sich mit vielen angefreundet – mit Vinogradov und Gusinskij, mit Berezovskij und Potanin. In aller Offenheit und daran war nichts Verwerfliches. Aber als die Mehrheit der Vorsitzenden der großen Gesellschaften sich geweigert hat, die präsidentiellen Ambitionen Nemzovs für das Jahr 2000 zu unterstützen, da hat er 'antioligarchische' Losungen ausgegeben.[81]

Doch nicht nur die Betroffenen selbst wehrten sich gegen die Unterstellungen, die der Terminus "Oligarch" beinhaltete. Auch Publizisten wie G. Bovt[82] von der *Izvestija* oder Politikwissenschaftler wie V.A. Nikonov, der Präsident des *Fond "Politika"* hoben hervor, daß die Machtverhältnisse sich in Wahrheit sehr viel komplexer darstellten, als der "Oligarchen"-Mythos nahelegte. Der Politologe wies dabei vor allem darauf hin, daß die Kapitalgruppen von der staatlichen Bürokratie weit stärker abhängig seien, als die Bürokratie von den Kapitalgruppen.[83]

Dem Hinweis auf die gegenseitige Abhängigkeit lohnt es nachzugehen, denn tatsächlich ziehen die Kapitalgruppen in hohem Maße Gewinn aus Zugeständnissen des Staates, wie die politische Führung von der Unterstützung durch die Finanzmagnaten profitiert. Ein augenfälliges Beispiel war die Wahl Jelzins zum Präsidenten im Jahre 1996. Diese verdankte er in hohem Maße dem Eingreifen einer Gruppe Bankiers und Unternehmer, die sich Anfang des Jahres bei der Tagung in Davos zusammenfanden und eine Strategie entwickelten, Jelzin, dessen Popularität einen vorläufigen Tiefstand erreicht hatte, gegen Kommunisten und Nationalpatrioten wieder zum Präsidenten zu machen.[84] Neben finanzieller Unterstützung erfolgte dies auch über die Massenmedien, die von den Kapitalgruppen kontrolliert wurden, und die massiv für den Kandidaten Jelzin Werbung betrieben. Nach dessen Sieg erwartete wenigstens ein Teil der Finanzmagnaten auch eine entsprechende Gegenleistung, oder wie Potanin es in einem Interview formulierte: "… ein Teil der Unternehmer glaubte, daß die Macht ihnen im Zusammenhang mit den Wahlen etwas schuldig ist."[85]

---

[80] Svoj sredi oligarchov. Rasskazy po čudovščinuju vlast' oligarchii est' čistoe vran'e utveržDaet Igor' Malašenko, in: Nezavisimaja gazeta, 3.6.1998, S. 8.

[81] Vladimir Gusinskij: vse budet zaviset' ot dejsvij prezidenta v bližajščie dve-tri nedeli, in: Kommersant Daily, 14.7.1998, S. 1, 4, hier S. 4.

[82] In: Segodnja, 16.4.1998, S. 3.

[83] Vgl. V.A. Nikonov: Ni oligarčičeskogo, ni kapitalizma u nas net, in: Izvestija, 24.3.1998, S. 2.

[84] Vgl. u.a. Vgl. W. Petuchow [Petuchov, V.]; W. Wjunizkij [Vjunickij, V.]: Die Rolle rußländischer Wirtschaftseliten im Jahre 1996, Köln 1997 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17-1997), 34 S.; Freeland; Thornhill; Gowers, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15.

[85] Moskovskie novosti, 1998, Nr. 26, S. 8.

Indes hatte der Staat den Banken und Kapitalgruppen bereits in den Jahren zuvor unerhörte Möglichkeiten verschafft, Gewinne zu machen und sich öffentliche Mittel anzueignen. Dazu gehörte etwa das Konzept der autorisierten Banken, bei dem Kreditinstitute regionale und föderale Mittel – seien es Zolleinnahmen oder Budgetgelder – für den Staat verwalteten und mit diesem Kapital wirtschafteten. Erst 1997 zog die Zentralbank wenigstens einen Teil dieser Mittel ab und übernahm selbst die Kontenführung.[86] Ein weiteres Verfahren, staatliches Eigentum in privates überzuführen, waren die Pfandauktionen der Jahre 1995-1997, die in der Regel von den Kreditorganisationen organisiert wurden, bei denen die Aktien des jeweiligen Betriebes hinterlegt waren. Praktisch setzte sich meist die organisierende Institution dabei durch und brachte die zum Verkauf anstehenden Unternehmen an sich. So hatte die *ONĖ KSIM*-Gruppe bei den von ihr organisierten Auktionen für Aktien-Kredit-Swaps (1995) Anteile von *Noril'skij Nikel', Sidanko* und das *Novolipeckij* Hüttenkombinat vergleichsweise billig erwerben können. *MENATEP* eignete sich auf dieselbe Weise im Rahmen eines Konsortiums, an dem sich auch die *Tokobank* und die *Stoličnyj (SBS-Agro)* beteiligten, Anteile von *JuKOS* an. In den großen Privatisierungsauktionen der Jahre 1995-1997 erwarb *MENATEP*, teils mit demselben Konsortium, teils über die Firma *Monblan* im Verlauf einer von ihr selbst durchgeführten Versteigerung weitere Aktien von JuKOS. Auch die *ONĖ KSIM*-Gruppe konnte im Rahmen von ihr selbst organisierter Auktionen ihre Beteiligung an *Sidanko* und *Noril'skij Nikel'* über die Gesellschaften *Svift, Interros* und *Interros-Ojl* ausbauen. Erst der Fall *Svjaz'invest* wich von diesem Muster ab. Hier erwarb *ONĖKSIM* die Anteile gemeinsam mit ausländischen Partnern offenbar auf nahezu regulärem Wege.[87] Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Staat zugelassen, daß die Banken selbst die Bedingungen festlegten, die Privatisierungsmasse in Absprache aufteilten, die Preise niedrig hielten und ausländische Anleger ausschlossen.[88] Ohne Duldung und Unterstützung durch die Politik hätte sich der Aufstieg der großen Kapitalgruppen nicht so rasch vollziehen können. Sie profitierten von einer Regierung, die offenbar in dieser Phase zu schwach war, um, Auktionen in einer Weise durchzuführen, daß dem Staatshaushalt aus der Privatisierung die dringend benötigten Mittel zuflossen.

Daß die Finanzmagnaten stark genug waren, der Regierung ihre Bedingungen zu diktieren, zeigte sich auch bei der Auktionierung von *Rosneft'*, die scheiterte, weil die politische Führung auf einem vergleichsweise hohen Preis bestand, und die Kapitalgruppen die Auktion boykottierten.[89] In einen ähnlichen Konflikt geriet die im Frühjahr 1998 neu ernannte Regie-

---

86 Vladimir Vinogradov: prezident ne sobiraetsja sdavat' vlast'. Prezident Inkombanka Vladimir Vinogradov dva goda nazad byl odnim iz glavnych učastnikov bankovskoj vojny. Teper' on pedpočitaet mesto v zritel'nom zale, in: Kommersant, 1997, Nr. 34 (240), S. 12.

87 Vgl. die Liste bei Pleines (Bericht des BIOst Nr. 28-1998), S.34-37; ebd. die Nachweise.

88 Vgl. Potanin, in: Moskovskie novosti, 1998, Nr. 26, S. 8.
"Ihre Philosophie und unsere stießen bei der Auktion von 'Svjaz'invest' zusammen. Als ich die Regierung im März 1997 verließ (...), da habe ich eine präzise Strategie formuliert: auf dem Markt die Bedingungen für wirkliche Konkurrenz zu schaffen. Es war notwendig, mit der Ideologie der Parzellierung Schluß zu machen, nach der alles aufgeteilt wird und niemand den Garten des Nachbarn betritt."

89 Vgl. dazu die umfangreiche und kontroverse Presseberichterstattung: A. Tutuškin: "Rosneft'" nikomu ne nužna, in: Kommersant Daily, 7.5.1998, S. 9; Rossijskij fond federal'nogo imuščesstva predlagaet predprini-

rung Kirienko, als sie versuchte, die großen Konzerne zur Bezahlung ihrer Steuerschulden zu zwingen und dabei ausgerechnet an *Gazprom* ein Exempel statuieren wollte. Dieser Schritt löste nicht nur den Protest des betroffenen Unternehmens auf, das sofort eine Gegenrechnung über die Schulden des Staates ihm gegenüber aufmachte, sondern auch eine Medienkampagne gegen die Regierung und eine Initiative der Duma-Opposition zugunsten von *Gazprom*. Die Regierung Kirienko wich vor dem Widerstand zurück und ließ sich auf einen Kompromiß mit dem Energiekonzern ein.[90] Diese beiden Beispiele zeigen, daß die Kapitalgruppen, auch wenn sie in vielen Fragen auf die Zusammenarbeit mit dem Staat angewiesen waren, 1997/98 doch so stark waren, daß sie Angriffe der Regierung auf ihre Geschäftsinteressen abwehren konnten. Allerdings hatte ihr Vorgehen keinesfalls immer direkt Erfolg. Ein Beispiel ist der bereits im Ansatz gescheiterte Versuch mehrerer Mineralölgesellschaften, mit einem offenen Brief gegen die Sparpolitik der Regierung Kirienko Front zu machen, die ihnen nicht die erwarteten Entlastungen brachte. Der Vorstoß von LUKojl und JuKOS, die sich hervorwagten, wurde jedoch in der Folge von den anderen Konzernen nicht unterstützt, der Protest blieb zunächst ohne Wirkung.[91] Allerdings war dies nur das Vorspiel zum Sturz Kirienkos, der anscheinend

---

matel'skomu soobščestvu odnu iz krupnejšich žemčužin v rossijskoj neftjanoj korone – otkrytoe akcionernoe obščestvo Neftjanaja kompanija "Rosneft", in: Kommersant Daily, 15.5.1998, S. 4; V. Medvedev: Cena "Rosnefti", in: Moskovskie novosti, 1998, Nr. 19, S. 16-17; T.P. Koškareva; R.I. Narzikulov: Aukcion po "Rosnefti" skoree vsego budet otmenen. Za dva s polovinoj milliarda dollarov gosudarstvo gotovo "prodat'" zakon, prava akcionerov i sobstvennuju repubtaciju, in: Nezavisimaja gazeta, 23.5.1998, S. 1; C. Freeland: Rosneft auction closes with no bidder anounced, in: The Financial Times, 27.5.1998, S. 16; O. Černickij: "LUKOJL" raspisalsja s ONEKSIMbankom. No pokupat' "SIDANKO" ne toropit'sja, in: Russkij Telegraf, 28.5.1998, S. 5; N. Ivanov: "Rosneft'", pochože, budet prodana. Pravitel'stvo usilivaet konkurenciju, predostavljaja bolee širok, in: Segodnja, 3.6.1998, S. 5; S. Babaeva: Ob-javlen novyj konkurs po "Rosneftu", in: Izvestija, 3.6.1998, S. 1; N. Samojlova: "Rosneft'" podeševela. Ne v poslednij raz, in: Kommersant Daily, 3.6.1998, S. 3; Skol'ko že stoit "Rosneft'". Nekotorye podrobnosti zakrytogo issledovanija "Dresdner Kleinwort Benson", in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 9.6.1998, S. 9, 14; M. Tatevosova: V "Rosneft'" pridut inostrannye načal'niki, in: Russkij Telegraf, 11.7.1998, S. 4; N. Kaliničenko: Nordičeskaja stojkost' po-russkij, in: Itogi, 21.7.1998, S. 52-53.

90 Vgl. dazu die umfangreiche und kontroverse Presseberichterstattung: N. Ivanov: Gazovaja ataka na "Gazprom" zadochnulas'. No pobeda Rema Vjachireva budet stoit' emu "Rosnefti", in: Segodnja, 3.7.1998, S. 1, 5; T.P. Koškareva; R.I. Narzikulov: Poslednjaja ošibka Sergeja Kirienko. Isteričnye i neprosčitannye šagi pravitel'stva v otnošenii "Gazproma" pokazali polnuju besperspektivnost' i bspomoščnost' molodogo kabineta ministrov, in: Nezavisimaja gazeta, 3.7.1998, S. 1; T.P. Koškareva; R.I. Narzikulov: Ni vojny, ni mira. Za neskol'ko časov ataki na "Gazprom" pravitel'stvo naneslo uščerb sobstvennoj ėkonomike na 3 mlrd. doll., in: Nezavisimaja gazeta, 4.7.1998, S. 1, 3; V. Kornev; S. Avdeev; E. Višnevskaja; A. Kolesnikov: Gazovyj monopolist pred"javljaet strane sčet. V desjat' raz sokraščajutsja postavki gaza v Volgogradskoj i Sverdlovskoj oblastjach, in: Izvestija, 15.7.1998, S. 1; P. Sapožnikov: Fal'start, in: Kommersant Daily, 23.7.1998, S. 1; In Rußland wächst die Front gegen den Währungsfonds. Industrielle und Unternehmer kritisieren das Sparprogramm. Offener Brief der großen Ölgesellschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.7.1998, S. 13; G. Osipov: Opasnye igry s ognem i gazom. Prem'er ob-javil o dvuchmesjačnom pereemirii meždu Remom Vjachirevym i Anatoliem Čubajsom, in: Segodnja, 31.7.1998, S. 4; S. Babaeva: Neftjanikov potjasut vsled za gazovikami, in: Izvestija, 1.8.1998, S. 2.

91 Vgl. P. Sapožnikov: Fal'start, in: Kommersant Daily, 23.7.1998, S. 1; In Rußland wächst die Front gegen den Währungsfonds. Industrielle und Unternehmer kritisieren das Sparprogramm. Offener Brief der großen Ölgesellschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.7.1998, S. 13; D. Kuznec: Neft' razdelilas' na frakcii. Popytka neftjanikov dadavit' na pravitel'stvo zaveršilas' skandalom, in: Russkij Telegraf, 14.8.1998, S. 1; es handelte sich um LUKojl, JuKOS, Sidanko, Gazprom, Surgutneftegaz, Tjumenskaja neftjanaja kompanija, Sibneft' und KomiTĖK.

von den Kapitalgruppen instrumentiert wurde. Allerdings verlor die Exekutive, mit der die Magnaten in engem Kontakt standen, in den Tagen nach der Absetzung des jungen Premierministers bald die Kontrolle über die politische Situation. In der schweren Krise verloren die – finanziell geschwächten – Kapitalgruppen offenbar einen Teil ihres Einflusses. Der erzielte Kompromiß – eine konservative Regierung unter dem ehemaligen Außenminister Primakov – entsprach jedenfalls nur bedingt den Vorstellungen der Finanzmagnaten.

Das Instrumentarium, mit dem die großen Unternehmenskonglomerate bisher auf die Regierung eingewirkt haben, ist vielfältig. Ein wichtiges Element sind persönliche Verbindungen. Die Mehrzahl der Magnaten ist mit den für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen gut bekannt und sitzt mit ihnen regelmäßig in allen möglichen Kommissionen und Komitees zusammen, wie z.B. der Regierungskommission für Fragen der Wirtschaftsreform, der für monetäres Kreditsystem oder zum Bank- und Finanzwesen.[92] Dazu kommt mitunter der Austausch von Personal bis hinauf in Spitzenpositionen. Neben Berezovskij, der politische Ämter offenbar bewußt sucht, hatte z.B. auch Potanin zeitweise das Amt eines Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ausgeübt, und Petr Aven, heute ein hoher Funktionär der *Al'fa-Gruppe* war in der Reformregierung Gajdar Außenhandelsminister. Viele Reformpolitiker, die die Regierung verlassen mußten wie Al'fred Koch oder Maksim Bojko, kamen rasch in Privatunternehmen unter. Daß die Nähe Kapitalgruppen und Staatsapparat auch die Korrumpierung der Entscheidungsträger erleichtert, ist eine plausible Annahme, doch kaum nachzuweisen. Daß Korruption in der Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft eine große Rolle spielt, kann wohl als sicher angenommen werden.[93]

Die Art der Kontakte zwischen Politik und Wirtschaftskreisen, die am meisten Aufmerksamkeit erregen, sind die Treffen zwischen dem Präsident und den Finanzmagnaten, die 1996 hinter verschlossenen Türen, 1997 und 1998 dann öffentlich stattfanden.[94] Während es 1996 um die Lösung konkreter allgemeinpolitischer Fragen ging – die Unterstützung der Kandidatur Jelzins –, hatten die Treffen 1997 und 1998 eher symbolische Bedeutung. Der Präsident demonstrierte öffentlich seine Sorge um zentrale wirtschaftspolitische Fragen. 1996 war es der sogenannte "Bankenkrieg", d.h. die aufflammenden Verteilungskonflikte zwischen den großen Finanzgruppen, die Jelzin zum Anlaß nahm, seine Autorität zu dokumentieren. 1997 ging es um die Bewältigung der Finanzkrise, für die die Regierung die Kooperation der Banken benötigte. Das Treffen des Präsidenten führte den Schulterschluß zwischen Politik und Finanz-

---

92 Siehe dazu die Biographien der verschiedenen Finanzmagnaten, vgl. Schröder 1998 (= Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), jeweils in den Fußnoten.

93 Vgl. die Hinweise bei: Anatolij Čubajs: "K bitve s oligarchami nel'zja otnosits'ja, kak k političeskoj kampanii", in: Novoe vremja, 1998, Nr. 17, S. 11-13, hier S. 13; ein spektakulärer, wenngleich noch nicht bis ins letzte geklärte Fall war die Absetzung von A. Kochs, dem man Vorteilsannahme unterstellte; vgl. hier nur eine neuere Presseveröffentlichung: V. Buza: Al'fred Koch stal nevyezdnym. No na ėtom ego neprijatnosti mogut ne zakončitsja, in: Segodnja, 6.5.1998, S. 5; grundsätzlich zu dieser Frage vgl. u.a. O.V. Kryštanovskaja: Illegal Structures in Russia, in: Sociological Research, 35.1996, Nr. 4, S. 60-80; Pleines 1998 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 28-1998); A.V. Ledeneva: Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Exchange, Cambridge: Cambridge University Press 1998 (= Cambridge Russian, Soviet and Post-Soviet Studies 102).

94 Vgl. dazu die Zusammenstellung der Treffen zwischen Präsident und Kapitalgruppen, oben S. 23.

welt augenfällig vor. Den Häuptern der Kapitalgruppen boten die Begegnungen die Möglichkeit, ihre politischen Verbindungen und ihre Nähe zur Macht deutlich zu machen. Nach Angabe von Fridman, dem Chef der *Al'fa-Gruppe*, ging die Initiative zu diesen Zusammenkünften von den Finanzleuten aus.[95] Konkrete politische Fragen wurden wohl eher auf Arbeitstreffen zwischen Jumašev, dem Leiter der Präsidialadministration, und den Finanzmagnaten behandelt, die dem Anschein nach häufiger stattfinden.[96] Auf solchen internen Zusammenkünften werden wohl auch Personalentscheidungen vorbereitet, wie z.B. die Ernennung Tschubajs' zum Repräsentanten Rußlands bei den internationalen Organisationen, die laut Gusinskij auf Initiative der "Oligarchen" erfolgte.[97]

Geht man die bekannten Fälle durch, in denen Wirtschaftskreise, insbesondere die großen Kapitalgruppen, Einfluß auf Politik genommen haben – Finanzfragen, Wirtschaftsgesetzgebung, Regelung des Verkaufs bzw. der Privatisierung von Staatsbetrieben, Steuerpolitik, Vergabe von Budgetgeldern an autorisierte Banken, Organisation von Wahlkampfunterstützung – so wird deutlich, daß sich die Einwirkung nur auf wenige Politikfelder beschränkt. Weder soziale Fragen, noch solche der Militär- und Sicherheitspolitik oder der Innenpolitik scheinen auf der Tagesordnung der Treffen zwischen Exekutive und Vertretern der Kapitalgruppen zu stehen. Auch Außenpolitik wird offenbar nur soweit zum Thema, als außenwirtschaftliche Interessen berührt sind. Die klassische Außenpolitik, wie sie etwa Primakov im Außenministerium am Smolensker Platz betrieben hat, wird von den Kapitalgruppen weitgehend ignoriert. Offenbar wirken Finanzkreise zwar durchaus auf Politik ein, doch sie tun dies nur in jenen Bereichen, die unmittelbar ihre Geschäftsinteressen betreffen. Insofern ist die Annahme, die "Oligarchen" regierten das Land, im Ansatz falsch – denn regieren tun sie eben nicht. Bis auf Finanz- und Wirtschaftspolitik überlassen sie alle relevanten Politikbereiche anderen Kräften – Apparaten, Lobbygruppen, Vertretungskörperschaften. Die Kapitalgruppen verfolgen ihre eigenen Geschäftsinteressen und setzen dazu eben auch ihre politischen Verbindungen ein.

---

95 So Fridman, in: Michail Fridman: oligarchov nado ispol'zovat', in: Kommersant Daily, 23.7.1998, S. 1, 4, hier S. 4.

96 Vgl. V. Kuznecova: El'cin "podvinul" oligarchov, in: Izvestija, 4.4.1998, S. 2: "Man sagt, daß Berezovskij und Gusinskij mit dem Grad ihres heutigen Einflusses auf die Entscheidungen Boris El'cins ernsthaft unzufrieden sind. Quellen in der Umgebung des Präsidenten bestätigten der 'Izvestija', daß die Oligarchen dieser Tage ihre Ablehnung der vom Kreml' eingeschlagenen Linie demonstrierten und sich entschieden, eine Einladung des Chefs der Präsidialadministration, Valentin Jumašev, zu einem der Arbeitstreffen zu ignorieren. Man wartete auf sie, aber sie kamen nicht." Diese Meldung, die offenbar auf Gerüchten basiert, die aus der Präsidialadministration in Umlauf gesetzt wurden, gehört in den Kontext der Ablösung der Regierung Černomyrdin und die Einsetzung einer neuen Regierung unter Kirienko; die Umgebung des Präsidenten versuchte in dieser Zeit deutlich zu machen, daß sie unabhängig von den Finanzleuten agierte; die wirklich interessante Mitteilung in der ausgestreuten Information ist aber der beiläufige Hinweis, daß solche Zusammenkünfte häufiger stattfinden; im übrigen enthalten auch die Biographien der Chefs von Kapitalgruppen Informationen über die Tätigkeit in Regierungs- und Präsidialkommissionen, die große Nähe zur Exekutive erkennen lassen; vgl. Fußnote 93.

97 Vladimir Gusinskij: vse budet zaviset' ot dejsvij prezidenta v bližajščie dve-tri nedeli, in: Kommersant Daily, 14.7.1998, S. 1, 4, hier S. 4.

Privatisierung des Staates?[98] – Zur Bedeutung der Kapitalgruppen für die Entwicklung des politischen Systems in Rußland

Die Herausformung großer Kapitalgruppen und ihr Vordringen in den politischen Raum ist ein Charakteristikum der russischen Politik in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Aufgrund ihres Umfangs und ihrer Marktmacht üben sie bereits *per se* erheblichen Einfluß auf Entwicklung der Märkte und die Gestaltung von Wirtschaftspolitik aus. Daraus erwächst natürlich auch eine große Verantwortung. Wenn die Kapitalgruppen die Restrukturierung der alten und den Aufbau neuer Unternehmen aktiv in Angriff nehmen, so leisten sie damit einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung der russischen Wirtschaft. Andererseits könnten sie den notwendigen Wandel der Industrie- und Unternehmensstrukturen durch ihr Verhalten auch behindern.[99] Ihre Entwicklung ist jedoch nicht nur im wirtschaftlichen Raum von Belang, sie wirken auch an der Stabilisierung und Ausgestaltung des politischen Systems mit. Das augenfälligste Beispiel sind die Präsidentenwahlen 1996. Jelzins Erfolg ist gewiß nicht allein dem Eingreifen der Finanzgruppen zu verdanken – die föderale Exekutive und die Führungsschichten in den Regionen, die "Partei der Macht", spielten eine ebenso wichtige Rolle –, doch ohne die finanzielle Förderung durch die Kapitalgruppen, ohne die Unterstützung durch ihre Medien, hätte Jelzin erheblich größere Probleme gehabt, im ersten Wahlgang die notwendigen Stimmen zu erhalten.

Es gilt aber im Blick zu behalten, daß die Einwirkung von Finanz- und Wirtschaftskreisen nur ein Element des politischen Entscheidungsprozesses ist. Erinnert man sich der Liste der einhundert wichtigsten Politiker, die die Perzeption einer Gruppe von Moskauer Experten widerspiegelt,[100] so macht diese anschaulich, daß neben den Kapitalgruppen noch andere Kräfte auf die operative Politik ein wirken: vor allem die Apparate der Exekutive im Zentrum und in den Regionen, in geringerem Maßstab auch Medien, Verbände und Parlament. Schließlich muß mit dem Blick auf anstehende Wahlen wenigstens zeitweise die Stimmungslage der Wählerschaft berücksichtigt werden. Punktuell kann auch der Protest unzufriedener Bevölkerungsgruppen Wirkung ausüben.

Das Hervortreten der Kapitalgruppen seit 1996 hat zu dem Mythos beigetragen, russische Politik werde im wesentlichen von einer "Macht im Hintergrund" bestimmt, die nicht faßbar ist und nicht demokratisch legitimiert, eben von den "Oligarchen". Politische Kampagnen wie die von Nemzov, der sich als Kämpfer gegen den "oligarchischen Kapitalismus" und Vertreter eines "Volkskapitalismus" stilisierte, trugen zur Verbreitung dieser Idee bei, die unterstellt, daß russische Kapitalgruppen eigentlich die russische Politik bestimmen. Dies trifft jedoch nur in einem eingeschränkten Maße zu. Als relevante Akteure, die die Kapitalgruppen zweifelsohne sind, spielen sie eine Rolle mit und neben den Apparaten um

---

98 So die Formulierung von M. McFaul: Russia's 'Privatized' State as an Impediment to Democratic Consolidation. Part I, in: Security Dialogue, 29.1998, Nr. 2, S. 191-199.

99 Vgl. die Beurteilung der Rating-Agentur Standart & Poor: Credit Risk in Russian Financial-Industrial Groups, in: Standart & Poor's Credit Week, 24.6.1998, S. 9-15, hier S. 10.

100 Vgl. oben S. 9, Abbildung 1: Perzeption der politischen Bedeutung von Elitegruppen in Rußland 1993-1998.

den Präsidenten und die föderale Regierung, mit den regionalen Kräftegruppen, die alle jeweils ihre eigenen Ziele verfolgen. Erst im Zusammenwirken und im Gegeneinander dieser Gruppen entsteht russische Politik.

Die großen Kapitalgruppen Rußlands haben spezifische Geschäftsinteressen, die sich aus der Unternehmensstruktur und ihrer Strategie ergeben – und sie haben das Gewicht und die Verbindungen, um diese Interessen auf politischer Ebene zum Tragen zu bringen. Dabei sind die Ziele der einzelnen Gruppen durchaus unterschiedlich – *MENATEP* ist mittelfristig an einer rationalen Industriepolitik interessiert, *Gazprom* an der Wahrung seiner Exportinteressen, *SBS-Agro* richtet sein Augenmerk auf den Ausbau seines Kundengeschäftes, mittelfristig möglicherweise auf eine grundlegende Reform des Agrarsektors. Alle Finanzgruppen haben gemeinsam Interesse an einer gewissen politischen und wirtschaftlichen Stabilität und daran, den Einfluß ausländischen Kapitals auf dem russischen Markt zu beschränken, jedoch ohne Anleger abzuschrecken, die man für den wirtschaftlichen Aufbau dringend benötigt. Insgesamt sind Wirtschafts- und Finanzpolitik die Felder, in denen die großen Unternehmensgruppierungen vordringliche Einfluß nehmen. Die Formulierung der Spielregeln der russischen Marktwirtschaft erfolgt insofern durch die Spieler selbst.

Viele Politikfelder sind für die Kapitalgruppen nicht von direkter Bedeutung. So ist Militärpolitik für sie nur insofern von Interesse, als sie sich auf Industriepolitik auswirkt und das Rüstungsexportgeschäft berührt. Klassische Außenpolitik betrifft die Kapitalgruppen nur soweit als unmittelbar Geschäftsinteressen betroffen sind – im Raum des Kaspischen Meeres oder in den Beziehungen zur Europäischen Union. Sozial- und Gesundheitspolitik sind für sie keine Felder von Interesse. Indem die Kapitalgruppen aber ihren Einfluß geltend machen, um ihre Geschäftsinteressen durchzusetzen, wirken sie mittelbar auch auf diese auf Bereiche ein.

Gewiß spielen nicht alle Unternehmer eine explizit politische Rolle auf föderaler Ebene. Insbesondere in konsumentennahen Branchen sind eine ganze Reihe von Industrielle hervorgetreten, die als nachgerade klassische Unternehmer Produktion aufbauen und Märkte erschließen.[101] Dennoch treten sie hinter einem spezifisch politischen Unternehmertyp zurück, der sich besonders in den ersten Jahren der Transformation herausgebildet hat. Praktisch alle Unternehmerpersönlichkeiten, die an der Spitze der großen Kapitalgruppen stehen, sind politische Figuren, die ihren Erfolg in den Jahren 1991-1995 ihrem politischen Gespür und ihren politischen Verbindungen verdanken. Sie sind, das hat sich bei den Präsidentenwahlen 1996 gezeigt, an der Erhaltung des bestehenden politischen Systems, dem sie ihre Existenz und ihre Stellung verdanken, in hohem Maße interessiert. Insofern scheint die Gründergeneration durchaus geneigt, aktiv in Politik einzugreifen – vor allem auch, um diese für ihre Geschäftsinteressen zu funktionalisieren. Von diesem Standpunkt aus geht es tatsächlich um eine Privatisierung des Staates. Denn es geht nicht um Gruppen- oder Verbandsinteressen, um die Organisation von Gesellschaft, sondern um Nutzung staatlicher Ressourcen zur privaten Bereicherung.

---

[101] Vgl. R. Götz: Das "andere Rußland". Unternehmerischer Erfolg in der russischen verarbeitenden Industrie, Köln 18.5.1998 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 25-1998), 38 S.

Damit wird die Herausformung starker Wirtschaftsgruppierungen, die selbstbewußt ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, strukturell zu einem Faktor, der angesichts des Fehlen einer starken Mittelschicht und der Passivität der Gesellschaft insgesamt den Charakter des politischen Systems beeinflußt. Sie teilen sich die Macht aber mit Kräftegruppen in den Regionen, mit den Entscheidungsträgern in der Präsidialverwaltung und den Apparaten der Regierung. Nähe von Finanz- und Wirtschaftskreisen zur Exekutive und Verflechtung mit den entscheidungsrelevanten Apparaten ist charakteristisch für den Zustand des politischen Systems. Parteien, Verbände oder Interessenvertretungen, die den Willen großer gesellschaftlicher Gruppen zusammenfassen und politisch zum Tragen bringen, sind nur schwach entwickelt. Die Gesellschaft als Ganzes ist vom politischen Prozeß ausgeschlossen. Michael McFaul hat dies provozierend auf den Begriff gebracht:

> The heart of the answer is located in the nature of the Russian state. The Russian rulers that control the Russian state have neither the will nor capacity to meet the demands of their citizens. And why? – because the state does not represent the interests of society as a whole, but rather is deeply penetrated by Russia's emergent capitalist class. In a sense, the state has been privatized by this *nouveau riche* and thereby operates in the interests of its new owners rather than society writ large.[102]

Nicht Konsolidierung von Demokratie ist demnach das zentrale Moment des politischen Prozesses in Rußland, sondern die Deformierung der durch Wahl und Verfassung legitimierten Präsidialdemokratie durch Inkorporierung von Unternehmensinteressen in das Handeln der Exekutive.[103] Ob ein solches Regime aber langfristig in der Lage ist, die Probleme der Gesamtgesellschaft zu lösen und eine stabile politische Ordnung zu schaffen, muß bezweifelt werden.

---

[102] McFaul, in: Security Dialogue, 29.1998, Nr. 2, S. 192f.

[103] Einige russische Politologen versuchen, das politische System, das jetzt im Entstehen begriffen ist, als "Korporativismus" zu beschreiben; ob dieser Begriff wirklich analytisch trägt, ist noch zu prüfen: vgl. S.P. Peregudov: Novyj rossijskij korporativizm. Ego oligarchičeskij charakter ne vyzyvaet somnenij, a obščestvennaja opasnost' trebuet posledovatel'nogo protivodejstvija, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 1998, Nr. 8, S. 13. "Nach der tiefen Überzeugung des Autors nehmen diese Beziehungen ["korporativistische"] einen zentralen Platz im System der Herrschaft und Verwaltung des modernen Rußland ein, und deshalb werden wir uns desto leichter in den nicht einfachen Prozessen orientieren, die vor unseren Augen vorgehen, je schneller und grundlegender wir uns mit ihnen auseinandersetzen."

Hans-Henning Schröder

Yeltsin and the "Oligarchs"

The Role of Capital Groups in Russian Politics

Bericht des BIOst Nr. 40/1998

Summary

Introductory Remarks

The fall of the Kirienko government fed rumours that Russian politics is now dominated by a group of financial magnates or "oligarchs". And indeed, in the course of the profound changes in Russian society that have come about as a result of political and economic transformation, a new economic elite has emerged that has been active in reshaping the country's political system and in creating market conditions. The present report, which will be supplemented by a concurrent volume of source material (= Sonderveröffentlichung des BIOst 1998), examines the role of the financial magnates and their influence on the shaping of the political system.

Findings

1. Russia's political system is still in a state of flux. The shifting of power between the various social forces are what has given the system of 1993, for which the constitution provided only a loose framework, its ultimate shape. The emergence of market structures has created a new society which forms the basis for a political system whose consolidation is not yet complete. The executive – the government and presidential apparatus – continue to dominate the political process, while the parliament and political parties play a secondary role. The regions and their political representatives are a factor of growing importance as are, since 1996, economic actors.
2. The formation of large company conglomerates is a typical feature of the phase that the market in Russia is currently going through. The growing strength of the financiers and industrialists would, however, be unthinkable without the swift development of the Russian banking sector. The most successful banks have been those that have made use of state resources and that have firmly established themselves in lucrative sectors of the economy, such as the oil industry. In 1995 and 1996, a number of banks acquired shares in numerous large enterprises, thus forming the nucleus of bank-led groups of financiers and industrialists from which the financial and industrial empires of the future could grow.
3. It is only since the mid-1990s that the Russian public has begun to regard entrepreneurs and bankers as political actors. For it is only since the formation and consolidation of integrated financial and industrial structures that these people have acquired a measure of

independence from and influence over the politicians who were previously their patrons. During 1997 and 1998 a group of economic leaders emerged who maintain close contact with the president and the government and are called upon for consultations. The circle that has established itself around the president since 1996 consists above all of leading representatives of the energy sector and of private banks.

4. In view of differing enterprise structures and divergent business interests, it is difficult to regard Russian capital interests as a single group. One thing they all have in common, however, is a strong interest in preserving the social and political status quo. Nevertheless, competition between them has sharply increased in the past two years, particularly in potentially lucrative markets. At the same time, the general shortage of capital has forced many of them to form alliances. A tendency is emerging whereby, two or three financial conglomerates merge, at least in certain areas, in order to secure profitable sectors of the market and to squeeze out rival groups of enterprises.

5. Russian capital groups no doubt also play a political role. Given their experience, their economic weight and the dimensions of their business they scarcely have any other choice. But their main concerns are commercial matters such as investments, turnover and profit, successful management, and the expansion and organisation of companies. Political and business interests thus merge. In this respect Russia's economic helmsmen constitute a special kind of "political entrepreneur" who may be unique to the transformation in Russia. In the absence of a strong middle class and given the general passivity of Russian society, the emergence of strong economic groups who self-assuredly advance their own interests is starting to make its mark on the general character of the Russian political system. Thus, the central element of the political process in Russia is not the consolidation of democracy but rather the distortion of the legitimised presidential democracy that has been legitimised by elections and the constitution through the incorporation of business interests into the work of the executive.